

Roter Feuerkranz

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugssatz monatl. drei Hefte 2,50 RM. (halbjährlich 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Zustellungsgebühr); Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Altstadt; Geschäftsräume u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Am Dresden Nr. 17259 / Druckerei: Arbeitsblätterdruckerei Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 10-15 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Einzelheft: Die neuromal gehaltene Röntgenaufnahme oder deren Raum 0,35 RM. für Familienangehörige 0,20 RM. für die Zeitungszettel angeschließend an den dreipoligen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vor mittags in der Expedition Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugssatzes

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 28. August 1928

Nummer 201

Die KPD gegen Einberufung des Reichstags

Der Kellogg-Pakt unterzeichnet

Paris, 27. Aug. (Eig. Drahtbericht)

Heute 14,15 Uhr begann der feierliche Akt der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes, die unter großem Rummel vor sich ging. Vor der Unterzeichnung des Vertrags hielt Bréard eine längere Ansprache, in der er darauf hinwies, daß man sich besonders glücklich preisen könne, daß Deutschland durch seinen Vertreter Gustav Stresemann den "Politik des Friedens" huldigte. Nach der Verlesung des Kellogg-Paktes wurde die Urkunde von dem Minister Houquides ausgehängt, das Tintenfass geöffnet und die goldene Feder dem Futteral entnommen. Auf die Einladung Bréards hin begab sich Reichsminister Gustav Stresemann als erster zur Unterzeichnung. Ihm folgten in alphabetischer Reihenfolge die Bevollmächtigten der anderen Staaten.

Die bürgerliche Presse meldet, daß die in Paris versammelten Vertreter der imperialistischen Raubstaaten Herrn Gustav Stresemanns Unterzeichnung des Kellogg-Paktes mit leichten Beifall quittiert haben. Die Freude der Imperialisten für die Beteiligung Deutschlands an dem "Kriegsächtungspakt", der in der Praxis nichts anderes darstellt als die Verschärfung der Kriegspläne der Imperialisten gegen die Sowjetunion, kennzeichnet den Charakter dieser "Kriegsächtungskomödie", mit der die Arbeitermassen getäuscht werden sollen. Deutschland hat sich mit dem Beitritt und der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes durch den von der SPD gefeierten Außenminister des neu-deutschen Imperialismus dieser neuen sowjetfeindlichen Aktion offen angeschlossen.

Was es mit der "Kriegsächtung" des Kellogg-Paktes auf sich hat, kann die deutsche Arbeiterschaft am besten an dem Komödienstück der Imperialisten auf der Abstürzungskonferenz in Genf erkennen. Gen. Lüttichow hat in der gestern von uns veröffentlichten Note an den Vorsitzenden der Abstürzungskommission den Deuchlern der "Kriegsächtung" die Maske vom Gesicht gerissen. Einen weiteren Beitrag für den "Wert" des Kriegsächtungspaktes gibt Associated Press in einer im Anschluß an die Paktunterzeichnung herausgegebenen Uebersicht über die europäischen Rüstungen.

Associated Press schreibt:

"Der Schwere des Kellogg-Paktes findet Westeuropa stärker bewaffnet als 1918. Mehr als 3 Millionen befinden sich im Militärdienst, viele Hunderttausende sind für Übungen einberufen. Große Mobilisierungen machen in Europa Fortschritte und Kriegsmänter stehen vor der Tür. Die Mächte haben mit ihrer Artillerie, ihrem Munitionsvorrat, chemischen Hilfsmitteln, ihren Werkstätten zur Gasherstellung, Rüstzeugen und Tancs eine riesige Macht, die ganz unverhältnismäßig größer ist als 1918."

In der Tat! Wenn du den Frieden willst — dann bereite den Krieg vor. Das ist der Sinn der Kriegsächtungskomödie.

Die Arbeitermassen dürfen sich dieser Illusion der "Festigung des Krieges" nicht hingeben. Nur die Arbeitersklasse aller Länder unter der revolutionären Führung der Kommunisten ist die einzige Garantie für den Frieden. Nur unter der Herrschaft der Arbeitersklasse in allen Ländern wird dem imperialistischen Massenmorden ein Ende bereitet sein.

London, 28. Aug. (Eig. Drahtbericht)

Die Abdankungen finden den Vorschlag einiger französischer Zeitungen, den Tag der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes zu einem internationalen Feiertag zu erklären, nur belustigend. Man möchte erst die Wirkung abwarten. Wenn man den Gründungstag des Völkerbundes und der Unterzeichnung der Locarno-Verträge feiern würde, dächte man sich schon heute recht dummkopfig.

Der Pakt im Spiegel der bürgerlichen Presse

Paris, 28. Aug. (Eig. Drahtbericht)

Der Temps schreibt zur Paktunterzeichnung: "Niemand hält sich ein, daß einige Unterschriften, selbst wenn sie im Rahmen der ersten Währung der Welt gegeben würden, ausreichen, um die Beilegung internationaler Streitigkeiten durch Gewalt endgültig zu verhindern." Das Blatt warnt davor, die Unterzeichnung des Paktes mit dem Abstürzungsproblem in Verbindung zu bringen.

Kommunistenverhaftungen in Paris

III. Paris. Die Kommunistische Partei suchte am Sonntag durch Ankleben von Maueranschlägen und Verteilen von Aufrufen gegen den Kellogg-Pakt zu demonstrieren. Einige während der Nacht angebrachte Anschläge wurden entfernt und etwa 50 Verteiler von Flugblättern verhaftet.

Der Panzerfreuzer siegt

Berlin, 28. August. (Eig. Drahtbericht)

Auf Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion vom 18. August trat am Montag den 27. August der Wehrkabinettsrat des Reichstages zusammen. Er sollte Stellung nehmen zu dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zu dem Beschuß des Reichskabinetts vom 9. August auf Inangriffnahme des Baues des Panzerkreuzers A. Genosse Höhlein begründete den kommunistischen Antrag. Er wies insbesondere auf die große politische Bedeutung dieses Antrages und die ungeheure Empörung hin, die in den breitesten Schichten des arbeitenden Volkes über den Beschuß des Reichskabinetts herrte. Im weiteren machte er den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß die Überweichung des kommunistischen Antrages Nr. 53, der die Streichung der 1. Panzerkreuzerbauate von 9,3 Millionen Mark und die Verwendung dieses Betrages für Kinderschulspende fordert, an den Haushaltshaushalt nur zu dem Zweck erfolgt sei, um den Bau des Panzerkreuzers zugunsten der Bourgeoisie sicherzustellen.

Keine der Parteien nahm zudem kommunistischen Antrag auch nur das Wort. Lediglich der deutschnationalen Abg. v. Lindeiner-Wildau hielt es für nötig, zu erklären, daß die ablehnende Haltung der Parteien gegenüber dem kommunistischen Antrag nicht etwa auf Herrenlust oder parlamentarische Faulheit zurückzuführen sei, sondern lediglich darauf, daß die Parteien durch den Beschuß ihren Willen zum Ausdruck gebracht hätten und keine Veranlassung seien, ihren damaligen Beschuß zu revidieren. Auch gegenüber dieser provokatorischen Erklärung des deutschnationalen Fraktionsführers hatten die Sozialdemokraten kein Wort der Erwiderung. Sie gaben also damit zu, daß sie die Frage des Panzerkreuzers

nach dem Beschuß des Kabinetts im Sinne der Bourgeoisie für erledigt betrachten.

Von den Sozialdemokraten waren anwesend der Abgeordnete Henke, Bremen, und der Reichsbannerführer Stelling.

Der Reichstagspräsident Doebe konstatierte, ohne eine formelle Abstimmung vorzunehmen, daß außer den Kommunisten sich keine Partei für die vorzeitige Zusammenberufung des Reichstags einsetze. Damit ist erneut zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokratie auf die Massenempörung in ihren eigenen Reihen pfeift und gewillt ist, die Rüstungspolitik des Imperialismus offen und eindeutig weiterzuführen.

Der Panzerkreuzer ist der Kurs der gesamten KPD. Das geht aus der Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im Reichstagssaal zur Genüge her. Nachdem am Sonntag der Vorwärts schon ziemlich klar und deutlich Stellung für den Kurs genommen hat nun die Vereinigung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die gleiche Linie getreten. Was sagen die "linken" Schreiter zu diesem Verhalten ihrer Fraktionsvertreter? Noch bis gestern forderten überall die Arbeiter die sofortige Einberufung des Reichstags, um zu dem Beschuß Stellung zu nehmen. Noch bis gestern erzählten die "linken" Führer den Arbeitern, die Reichstagsfraktion werde auf keinen Fall dem Bau des Panzerkreuzers beitreten. Nun sind die Würfel schon gefallen. Die Fraktionsvertreter haben sich entschieden, sie haben sich hinter den Panzerkreuzerbaubeschuß ihrer Minister gestellt. Wir hatten nichts anderes erwartet, wir wußten, daß die Fraktion ja entscheiden werde. Es mag aber sein, daß eine Menge Arbeitnehmer noch Illusionen hatten, daß sie noch glaubten, die Fraktion werde anders entscheiden. Dies gesetzte Verhalten der Fraktionsvertreter zeigt, daß die gesamte KPD den Panzerkreuzerbau heuer. Der Käffchen ist damit schon ihre Stellung vorgeschrieben. Die Fraktionsvertreter und der Parteivorsitz nach Einberufung des Reichstags wählen gar nichts. Die Panzerkreuzerpolitik wird weiter weitergeführt.

Sozialdemokratische Arbeiter, hier steht ihr ganz klar, wohin der Weg geht. Wollt ihr diesen Weg mitnehmen? Nein. Dann macht Schluss mit der SPD! Trete ein in die Partei des Klassenkampfes, die KPD! Unterstützt den Volksfront!

Der Kampf beginnt!

Vollsentscheid-Ausschüsse in Berlin, Düsseldorf und Dresden gebildet
Kuzinjki und Lebedow im Berliner Ausschuß

Berlin, 28. August. (Eig. Drahtmeldung)

In den Räumen der Liga für Menschenrechte trat gestern abend eine von der Kommunistischen Partei einberufene Konferenz von 30 Organisationen zusammen, die die Frage des Vollsentscheids gegen den Panzerkreuzer besprach. Vertreten waren u. a. folgende Organisationen: Deutsche Friedensgesellschaft, Deutsche Liga für Menschenrechte, Zentralverband blinder Männer und Frauen, Reichsbund deutscher demokratischer Jugend, Deutscher Reichsbauern-Bund, Internationales Sozialistischer Kampfbund, Sozialistischer Bund, Gruppe revolutionärer Katholiken, Internationale Arbeiterschule, Künstlerkomitee des Antifaschistischen Frontkämpfers, Christlich-Sozialistische Reichspartei, Zimmerverband Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, Bund eingeschieder Schulreformer, Arbeiter-Schulen-Bund Berlin, Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Reichschorverband der Entrichteten, Verband der Mieteter und Wohnungsuchenden Deutschlands, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und Deutscher Flügelverein usw.

Die einleitenden Worte sprach Genosse Münenberg, der kurz den Schritt der Kommunistischen Partei begrüßte und den von der KPD vorgelegten Entschließungsantrag vorlegte. Der Antrag enthielt nur einen einzigen Artikel: "Der Bau von Panzerkreuzern und Kreuzern jeder Art ist verboten." Nach Münenberg sprach Hellmut von Gerlach, der ausführlich seinen Standpunkt erläuterte. Er machte einen Wänderungsverschlag, erklärte jedoch am Schlus, daß alle Verteilten, auch wenn der Antrag so wie er jetzt vorliegt, eingestimmt wären, den Vollsentscheid unterstützen müßten. Für die Liga gab Dr. Kuzinjki die Erklärung ab, daß die Liga den Schritt der KPD begrüßt und im übrigen vorschlägt, daß man noch über die Formulierung berate, daß die Liga jedoch unbeschadet der Formel den Vollsentscheid unterstützen werde. Das gleiche sagten die Vertreter des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Christlich-Sozialistischen Reichspartei und des Zentralverbandes blinder Männer und Frauen. Einen besonders eindringlichen Appell richtete der Vertreter des Reichsbauernbundes an die Konferenz, den Vollsentscheid unter allen Umständen durchzuführen. Die Sitzung endete in später Nach-

hunde mit der Gründung eines Vorberatenden Komitees zur Durchführung des Vollsentscheids. Dem Komitee gehören an: Kuzinjki, Lebedow, Raimann, Bruno Goll, Piel, Münenberg. Der 7. Platz ist für Kuzinjki reserviert, dessen Eintritt von der Entscheidung des Friedenskäffchens abhängt, das heute eine Sitzung abhält.

Auch in Dresden handelte gestern eine Sitzung einer größeren Anzahl Organisationsvertreter proletarischer Organisationen statt, die sich mit der Bildung des Komitees beschäftigten. Das Komitee erläutert einen Aufruf an alle Werkstätten, den Vollsentscheid zu unterstützen.

Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft ist es nun, die Arbeit aufzunehmen. In allen Betrieben müssen sich Vollsentscheid-Ausschüsse bilden. Die gesamten Betriebschaften der Betriebe müssen mobilisiert werden. Alle Mann sind zur Arbeit heranzuziehen. Eine riesige Massenbewegung ist gegen die neuen Kriegsfortschritte zu entfachen. Unsere Genossen müssen insbesondere alle Kräfte anwenden, um eine gewaltige Bewegung zu entfachen. Spart keine Kräfte, alle Mann an die Arbeit.

Düsseldorf, 28. August. (Eig. Drahtmeldung)

In Düsseldorf tagte auf Einladung eines prosozialistischen Ausschusses zum Kampf gegen die Rüstungspolitik und für den Vollsentscheid gegen Kreuzerbau die erste Sitzung. Die Konferenz war stark besucht. Es waren folgende Organisationen vertreten: Proletarische Freidenker, Internationales Band der Opfer des Krieges und der Arbeit, Zentralverband der Zimmerer, Friedenserjugend, Kommunistische Jugend, Städtische und Gemeindearbeiterverbände, Nemheld, Vorbereitungskomitee der Gewerkschaften, Vertreter der Freien Schulgemeinschaft, Ortsausschuß des ADGB-Hilfen, die Organisation der Arbeitslosenverbände, die Südlichen Werke Nemheld, Mitglieder des Betriebsrates der Phoenixwerke und der Glashütten Berresheim, mehrere Arbeitskollektive und Sports- und Kulturoorganisationen, Vertreter des ADGB, der AG des ADGB und der Internationalen Arbeiterhilfe. Die Konferenz bildete einen 15köpfigen Kampfausschuß, an deren Spitze als Vorsitzender einstimmig der Mann des Arbeiterrates der Vereinigten Stahlwerke Wöhrl gewählt wurde. In Kürze soll noch eine breitere Konferenz stattfinden.

Bürgerliche Gesinnung in der SPD

Ein sozialdemokratischer Funktionär über die Verräterrolle der SPD-Führer

Die Volkszeitung für das Vogtland veröffentlicht am 24. August einen Aufsatz des sozialdemokratischen Funktionärs Paul Stöckel aus Mühlroß i. Vogt. Wir geben aus diesem Aufsatz nachstehende vernichtende Kennzeichnung der sozialdemokratischen Führer wieder:

Beim Ableben des Großkapitalisten Thüssen richtete Genosse Braun ein Beileidstelegramm an die Hinterbliebenen, das nach Form und Inhalt sich würdig an die Seite bürgerlicher Erzeugnisse stellen darf. Genosse Seering präs in einem Artikel den Ruhkampf gewissermaßen als Kulturreignis und läuternd für die Arbeiterschaft. Bei der Einweihung der neuen Infanteriekaserne in Dresden, die in ihrer ganzen Ausmachung ein rein national-monarchistisches Gepräge trug, waren führende Parteigenossen anwesend. Bei der Taufe des neuen Kreuzers "Königsberg" war ein großer Teil unserer führenden Genossen anwesend, auch Reichstagsfraktionsgenossen. In Frankfurt hatten einige gesinnungstreue Parteigenossen ihrem Austritt aus dem Reichsbanner die Gründung eines "Sozialistischen Schubbundes" folgen lassen. Darauf drohte der Parteidienst von Groß-Frankfurt den bestehenden Genossen mit Ausschluss aus der Partei. Was tut man mit den zogigen Ministergenossen?

Zum Verhalten unserer führenden Parteigenossen sei nur noch ganz kurz erwähnt: der Sängertag in Wien und die Tagung der Deutschen Turner in Köln. Beide waren von unseren Genossen erfolgreich bedacht. Von bürgerlicher Seite wurden sie dafür auch über den grünen Kleid geklebt. Wir haben bisher noch nicht einen einzigen Fall zu verzeichnen, in dem ein bürgerlicher Minister oder Abgeordneter auf irgend einem Arbeitertag so "repräsentativ" gewirkt hätte.

Die Konzessionen, die von unseren Ministern gemacht wurden, lassen sich in keiner Weise mehr vereinbaren mit sozialistischer Interessenvertretung.

Ich verweise nur auf das Kompromiss in der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze für Invalidenrentner. Weiter auf die Gültigkeitsverlängerung des Schiedspruches der Textarbeiter (8½ bzw. ständigen Arbeitstag betr.). Schämen müssten sich unsere Genossen, solche Kompromisse zu schließen und nachher solche Lendenfahnen Entschuldigungsgründe vorzu bringen.

Die Genossen glauben doch nicht etwa im Ernst daran, daß sie in der Regierung etwas für das schaffende Volk heranzählen können.

Wollen wir nun einmal die Dinge beim richtigen Namen nennen, und wollen wir auch einmal Politik machen dagegen, daß wir aussprechen, was ist. Wir haben noch nicht allzu lange eine ähnliche Affäre hinter uns:

das, was sich damals in Sachsen zugetragen hat mit den 23. vollzieht sich jetzt in geringerer Menge im Reich.

Über diese Kämpfer sollen die paar Führer hinwegsehen und gehen können, trotzdem sie jene um die schönsten Früchte ihrer Tätigkeit (Zugang neugeworbenen Genossen) dringen.

Denn das, was die Minister vollbracht haben, ist schwerste Schädigung des geliebten schaffenden, friedliebenden Volkes.

Darum richte ich das Wort an die Unterbezirks- und Bezirksleitung, sie sollte den Parteidienst sofort und dringend erläutern, mit allen Mitteln den Austritt der Minister aus der Regierung zu fordern (diese Forderung des Gen. Stöckel an Unterbezirks- und Bezirksleitung haben diese bereits erfüllt — d. Red.). Beharrten dieselben trotzdem auf ihrer Weigerung, so hat der Parteidienst

den Ausschluss der Minister aus der Partei

Achtung! Argumente für ein AfB-Berbot gesucht!

Sachdienliche Mitteilungen erhitzen das Kriminalamt!

Da bisher alle Versuche, Verbotsgründe für den Roten Frontkämpferbund zu konstruieren, gründlich mißlungen sind, bemüht sich jetzt jede lokale Polizeiwoche, besonderes "Material" heranzuschaffen, um wenigstens örtlich gegen die AfB-Organisationen vorzugehen. Natürlich darf das Dresdner Polizeipräsidium hier nicht zurückstehen, und so wird vom Kriminalamt folgende mysteriöse Meldung verbreitet, die bezeichnenderweise nicht der Arbeitersstimme mit allen anderen Kriminalamt-Mitteilungen gefüllt wurde, sondern die wir aus der bürgerlichen Presse entnehmen. Es heißt dort:

Am Sonnabend, abends nach 10 Uhr, versloren auf der Flucht vor einem kreisenden Polizeibeamten am Marshallweg zwei an ihrer Kleidung bzw. Mütze als Rote Frontkämpfer erkennbare Radfahrer ein Päckchen mit scharfer Infanterie- und Pistolenmunition. Die Munition war in der kommunistischen Betriebszeitung "Der Scheinwerfer" (vorm. Södel u. Raumann) eingewickelt. Die Erörterungen nach der Section des Berliners werden fortgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen erhitzen das Polizeipräsidium zum Altenzeichen B 1235 nach Zimmer 92.

Nicht ohne Bedeutung ist die Tatsache, daß allein im Monat Juli dieses Jahres von Badenau, Spaziergängern zw. in der Elbe sowie an den Elbufern 743 scharfe Geschosse der verschiedensten Art aufgefunden wurden.

Wenn man aufmerksam die Meldung durchliest, werden sofort einige Fragen auftauchen, die die Tendenz dieser Meldung offenlegen. Warum flohen wohl die Radfahrer vor dem "streifenden Polizeibeamten"? ... Wegen der Munition in der Tasche? Seit wann nimmt man an, daß ein Gesetzesangebot auch durch die Kleidung blitzen kann? Falls diese ominösen Radfahrer z. B. kein Licht gehabt hätten, glaubten sie, daß man deswegen eine Leibesvisitation nach höfwillig verstecktem Karbid und Streichhölzern vornehmen würde? Das Polizeipräsidium hält sich, die Flucht der Radfahrer zu motivieren, denn dann läuft das hofflose dickerphantastische Angabe recht drastisch zum Vorwurf. Weiter wird jedoch behauptet, daß der "streifende Polizeibeamte" genau "Rote Frontkämpfer" auf den Rädern gelehnt hätte — Erkennungszeichen — die Mütze. Es gehört schon ein Röntgenauge dazu, um 10 Uhr abends auf dem dunklen Marshallweg die AfB-Mütze von der eines Stahlhelms oder Reichsbannermannes zu unterscheiden, vor allem, wenn der betreffende Radfahrer so schnell flüchtet, daß man ihn nicht einholen kann.

Am klarsten wird jedoch die Meldung charakterisiert durch die Angabe, die gefundene scharfe Munition sei in die kommunistische Betriebszeitung "Der Scheinwerfer" gewickelt gewesen. Wer glaubt im Ernst, daß man seine scharfe Munition gleich mit einer unlegbaren Brieftasche verpaßt der Polizei hinwirft? Diese Betriebszeitung ist nichts anderes als die Brieftasche entweder eines Polizeivigilanten, deren Methoden ja die Herren im Polizeipräsidium zur Kenntnis nehmen, oder die eines "Agent provocateurs" gegenwärtiger Organisationen. Also gerade die Angabe, daß die Munition in eine illegale kommunistische Zeitung gewickelt war, beweist jedem, der die Methoden des Klassenkampfes kennt, daß es keine kommunistische Munition gewesen sein kann.

Zum Schlus noch ein Wort zu der sauberen Art, die Munitionsfunde in der Elbe mit diesem Vorwurf in Zusammenhang zu bringen. Weiß das Polizeipräsidium nicht, was seine

zu vollziehen. Weigert sich der Parteidienst dies zu tun, so wollen die sächsischen Bezirke geschlossen die Forderung der Einberufung des Reichsparteitages erheben.

Zu erwähnen ist noch, daß ein Volksentscheid über den Panzerkreuzerbau den Parteidienst nicht aus der Welt schaffen würde. Die Partei ist im Volksentscheid gegen den Bau des Kreuzers. Und die Ministergenossen? Nun, die können doch ihren Klassengeschmack nicht so weit treiben, daß sie dann ebenso dagegen sind?

Wie man sieht, sind die sozialdemokratischen Arbeiter stark in der Kritik ihrer Partei. Jeder Arbeiter, der die obigen Ausführungen liest, wird allerdings mit Recht die Frage aufwerfen, wie man denn bei einer solchen Einstellung zur SPD noch länger Mitglied dieser Partei sein kann?

„Zeigt erst recht Kampf gegen Kommunisten!“

So steht es in der Chemnitzer Volksstimme. Wenn nicht mit diesen Worten, so wird dieselbe Parole hingemäß in der gesamten sozialdemokratischen Presse herausgegeben und befohlt. Das ist nichts Neues. Trotzdem empfand die linke SPD-Presse das Bedürfnis, zu begründen, warum die Heftigkeit gegen die Kommunisten gerade jetzt verschärft werden soll. Die SPD-Arbeiter begreifen diese Notwendigkeit nicht. Also muß man ihnen die Sache etwas auseinander machen.

Zu diesem Zweck wird den sozialdemokratischen Arbeitern gesagt: Die Kommunisten haben eine unverhohlene Freude am Stand der SPD, sie wollen ihren Parteidienst besiegen, sie wollen bloß die sozialdemokratischen Arbeiter beschimpfen. „Man sieht nur ihre wutstrühenden Augen, man hört nur ihre vom Brillen heiseren Stimmen... Es ist, als ob

alle niedrigen Instinkte eine Orgie feiern...“ (Chemnitzer Volksstimme vom 25. August).

Unsere Genossen in den Betrieben werden in den Diskussionen mit den sozialdemokratischen Arbeitern auf dieses Ablenkungsmanöver die richtige Antwort geben. Der Ton ihrer Diskussionsreden ist der Ton eines ernsten Warnungsrufes an die SPD-Arbeiter, und nicht eines „Freudengebülles“. Warnung und Appell: ermahnt endlich aus euren Illusionen!

Parteiache... Die Kommunistische Partei fordert alle Organisationen, die sich am Volksentscheid beteiligen wollen, auf, sich der Bewegung anzuschließen. Ist das Parteiache? Allerdings, wenn die Sammlung und Mobilisierung der Arbeiterschaft zum Kampf gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsgefecht von der SPD als eine Parteiache der KPD bezeichnet wird, so ist dies nur ein wertvolles Eingeständnis der SPD. Denn das bedeutet: für die KPD ist die Parteiache die Sache des Proletariats. Für die SPD ist die Parteiache die Sache der Rettung der Panzerkreuzer- sozialisten.

Sorgt überall dafür, daß der lebte Proletariat begreift, wer seine Sache in diesem Kampfe vertreten!

Ein amerikanisches Verkehrsflugzeug ins Meer gestürzt

U. London. Das dreimotorige Metallflugzeug, das am Sonnabendmorgen sajero planmäßig von Victoria nach Seattle abfuhr, ist nicht an seinem Bestimmungsort angekommen. Man befürchtet, daß das Flugzeug mit seinen beiden Piloten und vier Reisenden untergegangen ist. An der Küste von Washington sind Delphine auf dem Weg entdeckt worden, die, wie man annimmt, von dem Delbehälter des Flugzeuges herrühren.

Mit dem Auto in den Abgrund

U. Paris. Infolge Steuerbruchs stürzte bei St. Etienne eine Kraftwagen einen 60 Meter hohen Abgrund hinab. Die vier Insassen wurden so schwer verletzt, daß keine Aussicht besteht, sie am Leben zu erhalten.

Die Ausperrung der Bekleidungsarbeiter

Berlin, 28. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Ausperrung der Konfektionsarbeiter ist in Breslau, Elberfeld, Stuttgart, Frankfurt a. M., Mainz, Hamburg, München, Görlitz und Liegnitz durchgeführt. Sie umfaßt auch die Zuschneider und Näherinnen. In verschiedenen Orten und Betrieben wurde den ausgesperrten Heimarbeiter nahegelegt, noch eine Reihe von Arbeiten halbseitiger Ware im Laufe der Woche fertigzustellen. Die Arbeiter lehnen das ab. Einzelne Näherinnen haben sich unterföhrlisch zur Annahme des Schiedspruches bereit erklärt. Die Unternehmer wollen die einheitliche Kampffront brechen. Die Reformisten leisten ihnen Hilfsdienste.

Die gestern tagende überfüllte Versammlung der streikenden und ausgesperrten Berliner Konfektionsarbeiter nahm einen hämischen Verlauf. Mit großer Mehrheit lehnte die Versammlung die verschwommene Resolution, die von der Verbandsleitung eingefordert wurde, ab. Einmütig kam zum Ausdruck, daß alle Konfektionsarbeiter auch in den nicht ausgesperrten Betrieben geschlossen in den Kampf treten müssen.

Die Unternehmer führen die Ausperrung durch. Ab Montag wurden in Berlin die Arbeiter und Arbeitnehmer der Herrenfaktion ausgesperrt. Nur diejenigen kleinen Betriebe, die dem Unternehmerverband nicht angeschlossen sind, wollen weiter arbeiten lassen.

Die Unternehmer erklären, daß sie höchstens 6 Prozent Lohnerhöhung bewilligen wollen. Eine solche Lohnnerhöhung wäre eine Verhöhnung der Bekleidungsarbeiter, die schon lange keinen Leistungsausgleich mehr bekommen haben und deren Löhne sich schon erheblich niedrig sind. Die Löhne der Konfektionsarbeiter betragen in der Spize für Berlin, Hamburg 22 Pf. für Stuttgart, München, Elberfeld, Stettin 82 Pf. für Breslau, Braunschweig, Magdeburg, Wittenberg, Würzburg usw. 75 Pf. Diese Löhne liegen weit unter den Durchschnittslöhnen der ungelehrten Arbeiter, und selbst bei 11 Prozent Lohnerhöhung würden kaum die Löhne der anderen Industriearbeiter erreicht. Da in den letzten Monaten eingesetzte und heute weiter vorgehende besonders starke Preiszsteigerung zwingt die Konfektionsarbeiter, diesmal unbedingt an ihren Forderungen festzuhalten.

Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wessel hat in diesem Kampf die Unternehmer unterstützt, indem er schon die völlig ungenügende Lohnnerhöhung des Schiedspruches als zu hoch und für die Unternehmer untragbar bezeichnete. Für diese unerhörte Stellungnahme werden die Bekleidungsarbeiter der SPD die Qualität ausstellen. Jetzt gilt es, geschlossen zusammenzustehen, um im Kampf die Forderungen gegen den Widerstand der Unternehmer und gegen den sozialdemokratischen Arbeitsminister durchzusetzen.

Dadurch, daß die nicht im Unternehmerverband organisierten Betriebe weiter arbeiten lassen wollen, besteht die Gefahr, daß sich die Unternehmer gegenwärtig verhindern und daß in diesen Betrieben die dringlichsten Aufträge erledigt werden. Eine derartige Streikarbeit muß unter allen Umständen verhindert werden. Es ist nicht nur wichtig, darauf zu achten, daß in keinem Betrieb irgendwelche Streikarbeit geleistet wird, sondern es ist in Anbetracht der ganzen Lage notwendig, daß durch die Belegschaften derjenigen Betriebe, die nicht ausgesperrt sind, in den Kampf einbezogen werden. Nur dadurch ist gewährleistet, daß keine Streikarbeit gemacht wird.

Nach die Konfektionsarbeiter im Reich, sowohl sie noch nicht ausgesperrt sind, müssen Schüler an Schüler mit der Berliner Konfektionsarbeiterkampf kämpfen. Auch in anderen Städten darf unter keinen Umständen Streikarbeit geleistet werden.

Konfektionsarbeiter, seid geschlossen im Kampf, um den Sieg zu erringen!

Die "tapfere" Toni

Unter Bezugnahme auf den von der Roten Fahne aus der Arbeitersstimme übernommenen Bericht über die Freitaler Funktionärerversammlung sendet nunmehr Frau Toni Sender dem Vorworte eine "Berichtigung", die gestern auch von der Dresdner Volkszeitung übernommen wurde. Zur Erbauung unserer Leser geben wir das Dokument ohne jedwede Kürzung wieder. Toni Sender schreibt:

"Die Rote Fahne übernimmt aus der Dresdner Arbeitersstimme die Ergebnisse eines ihrer Spijels, den sie anscheinend in eine Funktionärversammlung der Freitaler Organisation hineingemischt hatte. Die Arbeiterbewegung hat ja reichliche Errichtungen im kaiserlichen Regime darüber sammeln können, welche phantastischen Konstruktionen in einem solchen Spijelblatt entstehen können. Die nachrevolutionäre Zeit hat uns dank kommunistischer 'Erziehungsarbeit' ein neues Fatum gebracht: den Acht-Großen-Jungen im Dienste einer politischen Partei. Was ich nun die Acht-Großen-Junge in Freital alles gerechtfertigt habe, trägt schon von vornherein so stark den Stempel der Lüge, daß es zweifellos bedeuten würde, höchst daran einzugehen. Es genügt die Feststellung: Der Bericht ist reinenziös und verlogen und zeigt nur, zu welcher Verkommenheit kommunistische 'Erziehung' die Menschen bringen kann. Selbst das reaktionäre alte Preußen wagte es nie, sich offen zu seinen gemeinsamen Spijelmethode zu bekennen. Bei den Kommunisten aber ist man darüber längst hinaus, hat alles Schamgefühl verloren und prahlt noch mit der sauberen Methode, sich zur Bekämpfung des politischen Gegners der Acht-Großen-Jungen zu bedienen. Weit gefährlicher als politische Irrtümer ist die moralische Verkommenheit, die kommunistischen Methoden in die Arbeitersklasse einzuführen versucht."

Das ist von Anfang bis Ende nichts anderes als eine wütige Schimpfarei, nicht mehr. Weil Frau Toni Sender nicht wagt, auch nur eine einzige unserer Feststellungen sachlich zu widerlegen und auch nicht widerlegen kann, muß sie sich auf die bei den "linken" Sozialdemokraten besonders charakteristische "tapfere" Kampfesweise beschränken, schimpft und läuft gegen die Kommunisten. Nach der geschwollenen Erklärung des Dr. Volksitz, hatte man mindestens annehmen können, Frau Toni Sender würde eine sachliche Erwiderung geben. Sie tut es nicht, kann es auch nicht, und bestätigt mit ihrer verlegenen Schimpfarei nur die Richtigkeit unseres Berichts.



Unter dieser Straße gleich das Untergrundbahnhofglück

Auf der Station Times Square, die ihren Namen von dem an diesem Platz befindlichen Gebäude der "New York Times" hat, hat sich einer der schwersten Unfälle zugestellt, die die Geschichte der Untergrundbahnen kennt. Infolge Verlangs oder zu früher Umstellung einer Weiche entgleiste die letzten Wagen eines dichtgefüllten Untergrundbahngütes, die an die Böschung eines dichten Gebäudes gerieten und durch den Unfallstelle und durch den Anprall fast vollständig zerstört wurden. Da im gleichen Augenblick Kurzschluß eintrat, war die Unfallstelle und der etwa 500 Meter lange Bahnhof, auf dem sich drei Linien kreuzen, in Dunkel gehüllt. Der Verkehr war über acht Stunden unterbrochen; seit die gesamte New Yorker Polizei mühselig aufgebohrt wurde, um den Bahnhof und die anschließenden Straßen abzuräumen, da Tausende von Arbeitern und Angestellten kein Verkehrsmittel fanden, um hinzufahren. Aus den Trümmern wurden siebzehn Tote geborgen; weit über hundert Personen haben Verletzungen erlitten.

Kurs weiter nach rechts

Her mit dem Wehrprogramm — Der Ruf Stampfers

für ... Eine Partei, die nicht unbedingt das Sagen besitzt, kommt für politische Gestaltung ins Geiste nicht in Frage."

Diese Lehre erteilte der Volksstaat der USPD am Sonnabend den Sozialdemokraten. Er fordert, daß die Sozialdemokratie eine klare Politik machen wie die USPD. Man dürfe vor den Wahlen eben nicht etwas versprechen, was nachher nicht gehalten werde. Die Dresdner Volkszeitung versucht am Sonnabend die Arbeitnehmer in einem Artikel "Was muß jetzt geschehen?" über die Fortsetzung der Panzerkreuzerpolitik zu täuschen. Die Tendenz dieses durchaus verlogenen Nachberichtes ist darauf abzuhängen, ob man vorausschaut, daß die 2. Rate für den Panzerkreuzerbau abgelehnt werden sollte. Gewiß liegt die Volkszeitung, sei es jetzt noch ungünstiger, den Weiterbau abzulehnen, aber das müsse eben geschehen. Die Volkszeitung erzählt ihren Lesern dann, daß die demokratischen Minister sicher auch die zweite Rate ablehnen werden. Die Volkszeitung geht dann noch einmal auf den Entschuldigungsschwindel der Minister ein und weist auf die Bestimmungen des § 32 der Geschäftsordnung, nach der die Minister den Beschluss des Reichstages nicht durchzusetzen brauchen. (D. B.: Sie führen den Beschluss über die Gewerbeabsonderung ja auch nicht aus!) Nun ist aber die erste Rate bewilligt, 9 Millionen werden ausgegeben, der Kreuzer ist im Bau. Kein dententer Arbeiter wird sich jetzt noch einzeln lassen, daß der begonnene Bau eingestellt wird. Die Dresdner Volkszeitung hat aber einen Trick gefunden, um diese Mät den Arbeitern einzureden. Sie schreibt:

"Kengliche Gemüter werden rufen: Und was wird aus den 9 Millionen Mark? Wir glauben sagen zu können, daß kein genügender Grund vorliegt, daß den 9 Millionen Mark, von deren völlig zweckloser Verwendung die Menschen des deutschen Volkes überzeugt ist, weitere 71 Millionen Mark nachgeworfen werden müssen. So oder so, das Panzerkreuzer ist Schrot und es ist höchstlich besser, sich mit einem Schrotthausen für 9 Millionen Mark statt mit einem Schrotter für 80 Millionen Mark zu begnügen. Im übrigen dürfte, auch wenn mit dem Panzerbau am 17. August begonnen worden ist, noch nicht viel Material verbraucht worden sein, so daß ein guter Teil der ersten Rate für die Abdeckung der gegenüber den Werken und anderen Lieferanten eingesetzten Verpflichtungen benutzt werden kann. Die Erfüllung dieser Verpflichtungen (Entschädigung wegen entgangenen Gewinn an die beauftragten Firmen) muß in Kauf genommen werden. Sie wären das allerkleinsten Uebel, wenn freilich auch dieser Fleckenrest zu tragen peinlich ist."

Die Dresdner Volkszeitung nimmt die Worte der Toni Sender aus der Freitaler Versammlung auf. Dort antworteten die sozialdemokratischen Funktionäre auf diesen Witz schon mit stürmischen Gelächter. Die Volkszeitung hält es aber in demagogisch-verlogener Manier für richtig, diesen ausgemachten Schwindel ihren Lesern als Wahrheit vorzusehen.

Was die Volkszeitung in ihrem Sonnabendartikel sonst noch summert, was sie von der "Wiedererlangung der Handlungsfreiheit der Partei" schreibt, braucht hier nicht besonders besprochen zu werden, das ist schon oft genug geschehen.

Wir haben heute nur die leichte Mühe, die Volkszeitung mit dem Vorwärts zu kritisieren.

In der Sonntagsausgabe des Vorwärts erscheint ein Artikel, sicherlich aus der Feder Stampfers, der jedem Arbeiter zeigt, wohin der Weg führt, den die SPD geht. Der Artikel ist überschrieben: "Die tiefsten Ursachen." Er zeigt, wie sehr die SPD-Führer in Druck sind, denn er gibt offen zu, daß sich die SPD in einer schweren Krise befindet. Natürlich erfolgt sofort die Mahnung zur Einigkeit, indem auf die Folgen von Krisen anderer Parteien hingewiesen wird. Selbstverständlich wird auch auf die KPD hingewiesen, um die Massen zu schrecken. Aber dann kommt schon gleich eine bestechende Feststellung: "Alle Krisen der politischen Parteien haben Folgen der großen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen. Die Parteien finden sich mit ihren alten Ideologien nicht mehr zurecht. Nur die SPD habe sich bis jetzt am besten anzupassen vermögen." Ziemlich und offen wird hier die Wandelbarkeit, die Verantwortlichkeit, die ständige Schwung nach den jeweiligen Verhältnissen als das Prinzip der SPD erklärt.

Jetzt aber, so erklärt der Vorwärts, habe die SPD auch ihre Krise. Als Ursache hierzu stellt Stampfer folgendes fest:

Schuld daran trägt der ganz unerwartete Entschluß der sozialdemokratischen Minister, dem vom alten Reichstag beschlossenen Bau des Panzerkreuzers A keinen weiteren Widerstand entgegenzulegen, seine Angriffsmaschine vielmehr zu genehmigen. Damit ist der Enddruck entstanden, als ob die Minister gerade das Gegenteil von dem getan hätten, was die Partei bis zum 10. August vertreten und gefordert hat. Hohn und Spott des Gegners konnten nicht ausschließen, in der Masse der Parteidienstler aber entstand eine Stimmung, die sich vielleicht am besten in die Worte des Soldaten Valentin zusammenfassen läßt: "Und möglicherweise kann ich doch nichtigner heißen!"

Waren wir nicht mit dem Aufstand mit dem Panzer-Schiff - wählt bitte! - in den Wahlkampf gegangen? Die Sozialdemokratie hat in diesem Wahlkampf beträchtliche Erfolge errungen, sie hat infolgedessen die Bildung der Regierung übernommen — und nun wird das Panzerkreuzer doch gebaut! Wer zustimmt, der damit den Gegnern eine Waffe in die Hand gegeben war? Wer versteht nicht, daß sich der Groß der Parteidienstler gegen diejenigen richtete, die durch ihren blasierten Entschluß den Gegnern die Waffe geliefert hatten?

Die Minister aber, so erklärt Stampfer-Vorwärts, seien zu diesem Schritt gekommen, um die strategische Position, die die SPD in der Regierung bezogen, nicht preiszugeben.

"Die Möglichkeit, den Bau des Schiffes zu verhindern, haben sie nicht mehr gegeben." Um einer leeren Feste willen wollen sie aber keine Regierungsträte herausbringen. Stampfer hält zwar die Fiktion, daß die Minister ohne Wissen der Partei so gestimmt haben, aufrecht, aber man vergleiche schon hiermit

der Bau des Panzerkreuzers ist nicht zu verhindern, mit dem leeren Geschwätz der Volkszeitung. Aber es kommt noch besser. Stampfer erklärt, daß die Genossen draußen im Lande geantwortet haben, ihnen sei eine Regierungsträte lieber gewesen. In Wirklichkeit — so antwortet der Vorwärts — ist aber mit einem Verdonnungsurteil gegen die Minister noch lange nichts getan. Was schlägt Stampfer dann vor? Er erklärt, man muß die "tieferen Ursachen" untersuchen. Selbstverständlich macht sich Stampfer davon auch gleich daran, diese Ursachen zu finden.

"Eine von diesen Ursachen ist ohne Mühe zu erkennen. Sie liegt in den taktischen Schwierigkeiten, mit denen der Übergang von der Opposition in die Regierung für jede Partei gekommen ist."

Um eine Rechtfertigung zu finden, bringt Stampfer wieder die alte Lüge, die Kommunisten hätten in der sächsischen Regierung die Abschaffung der Rentner mitgemacht. Wir sparen es uns, auf diesen oft genug widerlegten Schwindel einzugehen.

Dann verkündet Stampfer sein Rezept, er nimmt die guten Lehren des Volksstaates an:

"Daraus ergibt sich die Lehre: 'Eine Partei darf sich als Oppositionspartei nicht so verhalten, daß sie als Regierungspartei zwangsläufig in Widerstreit zu ihrem früheren Verhalten gerät.' Diese Lehre auszusprechen, ist, wie wissen es, sehr leicht, sich an sie zu halten, ist viel schwieriger. Da muß jeder Belegfeld zählen. Wie haben es gezahlt, rechthab? Mit diesem einen Maß sollte es genug sein!"

Nach diesem ersten Geständnis an die USPD-Politik erklärt Stampfer dann, was der SPD-Vorstand will:

Eine andere Urtheile liegt nicht mehr auf dem Gebiet der Taffit, sondern auf dem des Prinzip. Über die Stellung der Partei zum Wehrproblem muß Klarheit geschaffen werden! Wer genauer hinsieht, erkennt deutlich, daß sich die Opposition gegen den Bau des Panzerkreuzers aus zwei ganz verschiedenen Strömungen zusammensetzt.

Die einen von uns — und zu denen gehören bis zum heutigen Tag auch die vier Minister — halten den Bau des Panzerkreuzers A für einen militärischen Unsum. Ihre fachliche Eigenschaft läuft sich auf das Urteil von Sachverständigen, die erklären, daß dieses Schiff vom ersten Tage an nichts weiter als eines Eisen sein wird. Sie halten den Bau für verfehlt, weil für viel Geld ein schlechtes Kriegsschiff gebaut wird, nicht weil überhaupt ein Kriegsschiff gebaut wird.

Die anderen jedoch betrachten die Bewilligung von Geldmitteln für Rüstungen überhaupt, auch für zweckmäßige und auch — wie es hier der Fall ist — im Rahmen des Versailler Vertrages, als unvereinbar mit den sozialistischen Prinzipien. Diesen erscheint natürlich das Verhalten der Minister noch

viel schlimmer; nicht nur als ein unvorbereitetes oder unvögerliches taktischer Rückschlag, sondern als eine Sünde wider den Geist des Sozialismus."

Hier haben wir die Linie der SPD-Politik vollständig festgelegt. Stampfer will eine nochmalige solche Auseinandersetzung verhindern. Er ist, und mit ihm der große Teil der SPD-Führer, für wirkliche militärische Rüstungen, für ein gutes, nicht für ein schlechtes Kriegsschiff. Er fordert ein Wehrprogramm für die SPD, er nimmt die Forderung des Reichsbaudamms auf, die Forderung, über die wir vor einigen Tagen schon berichtet. Stampfer schließt seinen Artikel mit der Aufforderung:

"Es ist notwendig, daß die Öffne im Heidelberg-Programm geschlossen und über die Stellung der Partei zum Wehrproblem Klarheit geschaffen wird!"

Für die Arbeiter besteht damit vollständige Klarheit. Die SPD steuert trotz aller Thesen der "Linke" den Panzerkreuzerkurs weiter. Die Leute vom Volksstaat können triumphieren. Das Geschwätz der Volkszeitung wird durch den Vorwärts-Artikel beseitigt.

Hier ist keine schwierige Entscheidung mehr. Die Dinge sind ganz klar. Die SPD erklärt sich für die imperialistische Ausbildungspolitik. Wer mit der SPD ist, ist für die Imperialisten. Der erste Schritt zum offenen Bekennnis zur imperialistischen Kriegspolitik wird hier von Stampfer vollzogen. Bis jetzt die SPD bis jetzt eine verschleierte USPD-Politik, so tritt Stampfer jetzt für das offene Bekennnis an dieser Vorwärts-Artikel.

Die Antwort der Arbeiter auf diesen Vorwärts-Artikel aber muß die härteste Befähigung und Wehrkraft an und für den Volkssozialismus gegen den Panzerkreuzerbau sein.

Trete ein in die einzige Partei des Klassenkampfes, die KPD. Werdet Leser der Kommunistischen Presse.

Die KPD-Arbeiter rebellieren

Gle treten aus der SPD aus und in die KPD ein / Eine Unterbezirkskonferenz der KPD liegt hoch

Die Erregung in der Sozialdemokratie über den schamlosen Vertrag der Führer hat das ganze Reich ergriffen. Sie findet nur teilweise ihren Niederschlag in der SPD-Presse. Über wieviel die Erregung der Arbeiter geht, beweisen einige Veröffentlichungsberichte aus nur einer Nummer der pfälzischen SPD-Presse.

Am Donnerstag dem 28. August berichtet die sogenannte "Lügenpost" in Ludwigshafen von einer SPD-Unterbezirkskonferenz in Grünstadt:

"Die Angelegenheit des Panzerkreuzers hatte bei verschiedenen Delegierten eine gesetzlose Stimmung ausgelöst, die während der ganzen Konferenz anhielt, die Saallichkeit der Verhandlungen und auch die Dauer der Konferenz beeinflußte, so daß höchstlich ein Teil der Vertreter vor Bekämpfung der Verhandlungen wegging."

In der gleichen Nummer heißt es über eine Mitgliederversammlung in Ingelheim: "Diese Verschwendungen (im Panzerkreuzerfrage) entfesselten auch in der heutigen Mitgliederversammlung allgemeine Entrüstung, und ein Protest fand einstimmige Annahme."

Und gleichfalls in derselben Nummer ein Bericht aus Darmstadt:

"Der Vorstehende Seebach betonte, daß die Handlungweise einzelner prominenten Genossen der Partei ungeheure Schaden täte. Nach einer Diskussion, in der die SPD-Arbeiter über ihre Meinung keinen Zweifel aufkommen ließen, wurde folgende Entschließung gefaßt: 'Die Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Lambrecht, nahm heute in ihrer Mitgliederversammlung zu dem von der Reichsregierung beschlossenen Panzerkreuzerbau Stellung. Die Mitgliedschaft erklärte einstimmig, daß die Zu-

stimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers eine parteiwidrigende Handlung darstellt und einem Berat an der deutschen Arbeiterklasse gleichgesetzt werden muß. Die Mitgliedschaft steht nicht an zu erklären, daß diese Führer des Vertrauens der Ortsgruppe Lambrecht nicht mehr bestehen."

Unserm Bruderorgan, der Danziger Arbeiterzeitung, gehen in den letzten Tagen zahlreiche Zuschriften aus den Reihen der Danziger sozialdemokratischen Arbeiter zu, die sich mit dem Berat ihrer Führer beschäftigen, daß die Redaktion aus Raumangel nicht alle diese Schreiben veröffentlichen kann. Es sei hier nur eine Zeitschrift des SPD-Genossen Schmid ausgewählt wiederzugeben:

"Immer noch war ich der Meinung, daß die SPD die Interessen der Ausgenutzten fördert. Jedesmal bin ich den Kommunisten entgegentreten. Es ist doch wirklich ein Stand, den sich unsere Genossen in der deutschen Regierung mit der Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers geleistet haben. Ich glaube, daß dies erneut, wie im Jahre 1914, mit zwei Jungen gerechnet wird, um die SPD-Mitglieder noch weiter an der Stange zu halten. Aber genau so wie ich werden viele Mitglieder der Partei erkennen, daß die SPD-Führer ein verrätherisches Spiel mit der Arbeiterklasse treiben und schon lange getrieben haben. Ich werde von jetzt ab, weil ich erkannt habe, daß die Kommunistische Partei wirklich allein für die Interessen der Arbeiter eintritt, an alle mir bekannten Mitglieder der SPD geraten, um sie aufzumerksam zu machen. So wie ich müssen alle ehrlichen Arbeiter in der SPD verloren, alle Arbeiter über die Verräterpartei aufzuhören und uns einzusetzen in die KPD. Das muß die Antwort aller ehrlichen Proletarier sein."

Massenkundgebung des Leipziger Proletariats für Volksentscheid

Der SPD-Vorsitzende der "Naturfreunde" tritt in die KPD ein

Gestern abend fand im großen Saal des Zoo eine gewaltige Kundgebung des Leipziger Proletariats gegen Rüstungs- und Koalitionspläne, für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau statt. Weit über 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen waren dem Ruf der KPD gefolgt. Überaus groß war auch die Teilnahme der sozialdemokratischen Arbeiter, die in Diskussionen mit kommunistischen Arbeitern ihrer Empörung über den Schandkreis ihrer Führer lebhaft Ausdruck geben. Und das, obwohl die Leipziger "Linke" dank der Leipziger Volkszeitung alles taten, um die empörten Mitglieder bei der Stange zu halten.

Langs vor Beginn der Versammlung war der große, rotgeschmückte Saal und die Tribünen überfüllt. Mit stürmischen Beifall wurde Genosse Georg Schumann von den werktätigen Massen empfangen. In jenen Ausführungen über Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau charakterisierte er treffend die Politik der Panzerkreuzer-Sozialisten. Er riefte an die sozialdemokratischen Arbeiter die Aufforderung, sich in die Rote Front einzurichten.

In der Versammlung anwesende höhere Funktionäre der Sozialdemokratie wagten es trotz Aufforderung nicht, vor den Leipziger Arbeitern die Taten des sozialdemokratischen Minister zu vertreten.

In einer gegen eine Stimme, eines KPD-Mannes, angenommenen Resolution gelobten die werktätigen Massen, für den Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau zu wirken und den energischsten Kampf gegen die Rüstungs- und Koalitionspläne aufzunehmen. Die Versammelten forderten die sozialdemokratischen Arbeiter auf, der Partei der Panzerkreuzer-Sozialisten den Rücken zu kehren und in die Kommunistische Partei einzutreten.

In der Kundgebung wurde ein Brief des bis vor kurzem in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiters Hämpe, Vorsteher der "Naturfreunde", zur Verlehung gebracht, in dem dieser um Aufnahme in die KPD nachsucht. In dem Schreiben heißt es u. a.: "Die Entwicklung, die die Sozialdemokratie genommen hat, rechtfertigt meinen Schritt, daß ich meinen Austritt aus dieser Partei vollzogen habe."

Mit einem Hoch auf die Kommunistische Partei wurde die imposante Kundgebung für den Volksentscheid, gegen Panzerkreuzerbau geschlossen.

Bom Tage

Eisenbahnglück in London

U. London. Am Montagnachmittag stieß ein von Manchester kommender Zug auf dem Londoner Hoxton-Bahnhof mit großer Wucht auf die hydraulischen Buffer auf. Dabei wurde der erste und der zweite Wagen des sehr langen Zuges teilweise ineinandergerissen. Auch der dritte Wagen wurde beträchtlich beschädigt. 30 Personen wurden verletzt, davon jedoch nur wenige schwer. Eine Unterfahrung ist eingeleitet worden.

Zwei Personen bei einem Autozusammenstoß verbrannt

U. London. In der Nähe von Newham ereignete sich am Montagnachmittag ein Zusammenstoß zwischen einem Rundfahrtauto und einem Pritschenwagen. Dabei fing der Pritschenwagen Feuer. Seine zwei Insassen kamen in den Flammen um. Von den 25 Insassen des Rundfahrtautos wurde niemand verletzt.

Entgleisung des D-Zuges 179 Lindau—Augsburg

U. Kempten. Die Lokomotive des D-Zuges 179 Lindau—Augsburg entgleiste gestern vormittag bei Kilometer 52 zwischen Hirschdorf und Günzach mit der vorderen Droschke. Zwei Reisende, die die Fahrt fortsetzen konnten, sind geringfügig verletzt worden.

Ausdehnung einer Wordaft nach fünf Jahren

U. Rybník. Im Kreise Rybník ist nach fünf Jahren eine grausige Wordaft aufgedeckt worden. Im Jahre 1922 wurde ein Mann tot in einem Brunnen aufgefunden, und man nahm an, daß es sich um Selbstmord handelte. Wie sich jetzt herausstellte, ist der in dem Brunnen aufgefundenen Mann ermordet worden. Der Mörder hatte mit der Ehefrau des Ermordeten ein Verhältnis und hat nach dem Mord die Ehefrau des Getöteten geheiratet. Die Frau, um sich an dem zweiten Mann zu rächen, das grausige Ende ihres ersten Mannes aufgedeckt.

2500 Mietas-Pilger umgekommen

U. Amsterdam. Nach Meldungen aus Batavia sind von 35 000 Pilgern, die aus Holländisch-Indien nach Mietas gezogen waren, ungefähr 2500 infolge von Krankheiten und Erkrankung teils in Mietas, teils an Bord des Schiffes gestorben.

Erdbben in Algerien

U. Dron. Nach Meldungen aus Oran wurde ein Teil Algeriens am Sonntag von einem heftigen Erdbeben befallen, dem vier Menschenleben zum Opfer fielen. Mehrere Betriebsunternehmen und infolge der Schäden zerstört.

Plus Ottendorf

Die RPD marschiert

Kleinnaundorf. Die Kommunistische Partei veranstaltete am vergangenen Sonnabend und Sonntag ihre Fahnenweihe, die trotz aller Versuche der hohen SPD-Größen, die Veranstaltung zu sabotieren, einen glänzenden Verlauf genommen hat.

Am Sonnabend war der geräumige Saal des Gasthauses, in dem der Kommerz stattfand, überfüllt. Die Beteiligung der Kleinnaundorfer Arbeiter war außerordentlich gut. Überall, nicht nur aus den Wohnungen unserer Genossen, leuchteten rote Fahnen. Die Veranstaltung am Sonnabend wurde mit Mußworträgen der Schalmekerskapelle und einigen gutgelungenen Reaktionen unserer Jugendgenossen eingeleitet. Die Dresdner Roten Räteletten mit ihren glänzend gelungenen politisch-satirischen Vorstellungen stürmischen Beifall im ganzen Saale. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Fahnenweihe. Die Weihrede hielt Genosse Stadtverordneter Schneider, der keine Worte ausklingen ließ in der Aufrufung, die Reihen derjenigen Partei zu verlassen, deren Führer die rote Fahne verraten und verleugnen, die heute wie 1914 bereit sind, das kapitalistische Vaterland zu verteidigen und für den neudeutschen Imperialismus Panzerkreuzer zu willigen. Genosse Schneider sprach den Wunsch aus, daß sich auch in Kleinnaundorf die Arbeiter unter der roten Fahne des Klassenkampfes sammeln mögen. Nur unter der roten Fahne des Klassenkampfes und unter der Führung der RPD werde die Arbeiterklasse den Sieg erkämpfen. Lebhafter Beifall der Versammlung bewies die starke Sympathie, die auch in dieser kleinen Arbeiterwohnsiedlungsmenge von den Arbeitern der RPD und ihrer Politik entgegengebracht wird.

Unsere junge Ortsgruppe in Kleinnaundorf kann mit diesem prächtigen Verlauf dieser Veranstaltung außerordentlich zufrieden sein. Der Boden für die weitere Ausbreitung und Verfestigung unserer Bewegung ist gelegt.

Am Sonntag fand unter zahlreicher Beteiligung der Arbeiterchaft eine Demonstration durch den Ort statt. Der Zug wurde überall mit großer Sympathie empfangen. Ein besonders herzliches Lob gaben dem Zug die vielen mitgeführten roten Fahnen. Scharf hob sich die weiße Kleidung des RPD von den Schwarzblutten des KZB ab. Freudig wurde vor allem auch unsere jüngste Truppe, der JSB, begrüßt. In der Kleinnaundorf nie dagewesener Harmonie demonstrierten hier die Jungen und Alten, die Frauen und Männer für das gemeinsame Ziel: die Befreiung der Menschheit aus der Lohnslaverei. Am Schluss der Demonstration sprach Genosse Spengler zu den Versammelten. Scharf gefielte er den Panzerkreuzerstand der SPD. Bewußt hilt diese Soldnertruppe des Kapitals mit Haken für ein neues Völkerorden. Nur wenn die Arbeiter in eierter Phalanx zusammenstehen gegen alle ihre Feinde, werden sie die Ausbeuter besiegen können.

Nette Zustände in der Fortbildungsschule Görlitz

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Zu den Schülern, welchen die jugendlichen Arbeiter in der Glasfabrik ausgebildet sind, gesellen sich noch die Behandlungen in der Fortbildungsschule. Die Schule findet in der Zeit von 14 bis 18 Uhr statt. Die verlorengangene Zeit wird natürlich nicht bezahlt. Kommt ein Jugendlicher zu spät oder läßt er sich sonst irgend etwas zu Schulden kommen, so werden Strafzettel verhängt, die vormittags verhängt werden müssen. Dabei geht den Jugendlichen hierbei auch wieder der Lohn für die Stunde verloren und müssen obendrein noch die Zeit, welche sie in der Schule üben, bezahlen, so daß von dem ohnehin färglichen Lohn, den die Jugendlichen erhalten, auch noch des öfteren eine Strafstrafe abgezogen wird. Hierbei hat der Herr Lehrer Brüder was besonderes los, indem er bei jedem geringsten Versehen Strafzettel verteilt. Drastisch ist es noch, daß diese Strafen in der Fabrik vom Lohn abgezogen werden. In der Behandlung der Jugendlichen zeigt sich der Herr Brüder auch groß, indem er, gekleidet mit einem schwärzweizroten Banden an der Uhrkette, des öfteren Badspesen verteilt. Haben die anderen Klassen Schulwanderungen, so erklärt der famose Herr Brüder, ich würde mit euch ja auch mal eine Wanderung machen, aber ich muß mich ja mit euch schämen, auf der Straße zu laufen. Diese Neuerung zeigt den wahren Charakter dieses Herrn. Arbeiterfinden scheinen bei ihm Menschen zweiter Klasse zu sein und sind nur gut zur Ausbeutung. Es wird Zeit, daß diese Missstände abgeschafft werden. Den Jugendlichen rufen wir aber zu, organisieren euch, werdet Mitglied in der Kommunistischen Jugend! Kämpft mit uns für Bezahlung der Schulzeit, für Vernunftsfreiheit und menschenwürdige Behandlung in der Schule.

Gabrisanten . . .

Schnitz. In der Nacht vom 18. zum 19. August ging der Maler Walter Schulze mit einem Arbeitskollegen, aus einem Lokal kommend, wo sie an einem Hebefesthaus teilgenommen hatten, über den hiesigen Marktplatz. Da einem der beiden

Amtliche Bekanntmachungen

- Freital -

In dem im Erdgeschoss gelegenen Flur des Stadthauses sind noch einzelne Abteilungen zweier Ausstellungsglasschränke zu vermeiden.

* Mietangebote sind bis zum 29. August 1928 im Grundstücksamt abzugeben.

Rat der Stadt Freital, am 24. August 1928.

- Brand-Erbisdorf -

Flaggen betreffend

Um künftig Weiterungen vorzubeugen, wird hiermit bekanntgegeben, daß an den städtischen vorgeesehenen Stellen das Aufstellen von Fahnenmasten nur dann gestattet werden wird, wenn Flaggen in den offiziellen Reichs-, Landes- oder Städtefarben gehisst werden. Jede Zulässung hiergegen würde die sofortige Entziehung der erteilten Genehmigung nach sich ziehen.

Brand-Erbisdorf, am 22. August 1928.

Der Stadtrat.

- Ottendorf-Ostrilla -

Ottendorf-Ostrilla. Der Kommunikationsweg von Ottendorf-Ostrilla nach Würzburg wird wegen auszuführender Befestigungsarbeiten vom 21. d. Ms. für die Dauer dieser Arbeiten gesperrt. Der Verkehr wird während dieser Zeit auf Schiene 7, zwischen E des Staatsstreckenbahnhofs Ottendorf-Ostrilla verweisen. Zuwidderhandlungen werden nach §§ 32, 34 der Straßenverkehrsordnung für den Freistaat Sachsen vom 15. Juli 1927 in Verbindung mit § 266 Ziffer 10 des Reichsstrafrechts mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bestraft.

etwas Übel war, standen sie dort kurze Zeit still und lehnten sich an die Schuhentziehung der Schleienbauten. In diesem Augenblick ging der Tiefbauunternehmer Robert Wenzel, der die Bauten ausführte mit dem Blumenfabrikanten Ernst Weber vorüber. Herr Wenzel, der selbst nur allzu oft und gern ins Glas guckt, und der deshalb bei den Sebnitzer Gaßwirten ein gerngesuchter Gast ist, scheint an diesem Abend voll gewesen zu sein. In dieser Verunsicherung taten beim Vorübergehen Steinbrechermessen — er ist nämlich Steinbrecherbester — zum Durchbruch. Er schlug den Maler Schulze zunächst mit dem Spazierstock heftig über den Schädel, und als ihn der Blumenfabrikant zu beschwichtigen suchte, teilte er im Fortgehen die beiden Arbeiter mit „Kobjungen“. Der Gefragte stellte ihn hierauf zur Rede, wer mit den „Kobjungen“ gemeint sei. Statt einer entschuldigenden Antwort schlug Herr Wenzel den Frageren mit dem Stock mehrmals über den Kopf, so daß dieser bestimmtlos hinauslief. Beide noch erwerbungsfähig waren, kehrten blutunterlaufenen Stellen am Kopf davongetragen.

Wir wundern uns nicht, daß die Sebnitzer Grenztaube hier-

über nicht berichtet, weil wir die Geißlogenheiten dieser Metzgerfabrik zu gut kennen. Sie ist blind, taub und stumm, wenn ein Herrmann die größten Flecken verbürtigt. Außerdem aber ist sie bestrebt, den guten Bürgern vor den Kommunisten gruselig zu machen, und selbst wenn Schlägenbrüder — in Zivil Arbeiter — sich rauschen, werden sie auf Abweichung als Kommunisten angeprangert. Nicht wahr. Tante nichts sind alle Rahmen grau, und wenn sich welche hauen, können es nur Kommunisten sein! Sonderbar nur ist, daß die hohe Polizei auch diesmal nichts gemacht hat, da sie dochcheinbar leicht logoß hört, wenn ein Arbeiter im Nebenraum eine Straßenlampe am Bauzaun auslöscht. Über Herrn Wenzel aber wird noch später über einige Angelegenheiten zu berichten sein.

Bom Leutersdorfer Schieben

Nun ist es wieder vorbei, das Gewehrpräsentieren, das Rahmen einkochen und fortsetzen. Vier Tage sind sie damit zur Ruhe gekommen die armen Schülen. Lehnmal am Tage erlangt vor der Hütte der Präsenziermarsch, und hier konnte man ruhig sagen: „Aber meine Herren, die Gewehrlage!“ Das traurige an der Sache ist, daß sich auch noch einige Proleten dazu hergaben und diesen Klimax mitmachten. Das Schönste war Sonntag früh das Weden. Eine Stunde lang wiederholten sie den Marsch „Aller Ehren in Österreich voraus“, wo der Refrain lautet „Gott erhalte Franz, den Kaiser“ auf die schöne Übermelodie „Deutschland, Deutschland über alles“. Immer wieder erlangt es „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“. Ach wie möchten die Herzen der geisternden Mädel, die Gewehre wurden fest angesogen, die Brust noch mehr herausgedrückt. Wir möchten bissig wissen, ob sich die Kirche begeistert hat, als die Schülen während des Gottesdienstes mit Musik vorbei zogen. Montag mittag stellten die Schülen in der Nähe der Kirche zum Ausmarsch. Da um 12 Uhr gerade die Kapelle spielte, so läutete die Kirche erst ein Wiertel nach zwölf ihren Mittag, wo sonst Punkt zwölf geläutet wird. Ja, ja, Kirche und Hurrapatrioten, sie sind einander wert. Einen würdigen Abschluß fand das Schülenfest mit einem tüchtigen Blasenzug, welcher den Freitanz mit Edem Schaden mache. Als später das Feuerwerk doch stattfand, da der Regen nachgelagert hatte, verlöschten plötzlich alle elektrischen Lampen, so daß auch hierdurch wieder Schaden erwuchs.

Heraus zum 14. Internationalen Jugendtag gegen die arbeiterfeindliche Koalitionsregierung gegen die Panzerkreuzer-Sozialisten für wirklichen Jugendschutz am 1. und 2. September in Dresden

Das Hainicker Trauerspiel

Oft und viel hat die Arbeiterstimme schon über die unerhörten Zustände in Hainick berichtet, ohne daß die Maßnahmen der Betriebsleitung und der Kirche unterbunden worden wären. Im Gegenteil, es wird immer toller. Die neuesten Maßnahmen beweisen dies zur Genüge. Ein kurzer Rückblick mag ein augenscheinliches Bild bieten.

Auch in Hainick gab es im Jahre 1923 Arbeiter, welche der RPD angehörten, obwohl die meisten Hainicker katholische Staatsbürger sind. Die mit Hilfe des SPD-Kreises unterstützte Bewegung hat nur der Reaktion alle Schranken geöffnet. Schon das Weiterverbleiben in der Hainicker Hochspinnerei wurde vom Austritt aus unserer Partei abhängig gemacht. Darum deponiert der Leidenschaftslosigkeit Hainicker Proletarier. Aus Raumangeln können wir nicht alle die kleinen Höfe berücksichtigen. Vor einigen Jahren durchbrachte ein Entzündungssturm die hiesige Arbeiterschaft. Die Betriebsleitung hatte am Weihnachtstag einer Anzahl alter Arbeiter, welche 20, 40 und sogar noch mehr Jahre für die Firma gearbeitet hatten, den Entlassungsschein auf den Weihnachtstisch gelegt.

Ein Jahr später waren drei klassenbewußte Betriebsräte nachgeflogen. Die Firma hatte aus anderem Abteilungen die Betriebsratsmitglieder in den Köhler untergebracht, um diese natürlich, wie der Betriebsleitung voraus bekannt war, ein paar Wochen später stillzulegen. Unter den 9 Entlassenen waren auch die drei Betriebsräte. Obwohl 6 Männer bald darauf wieder eingestellt wurden, erfolgte dies bei den Betriebsräten nicht. Die Klage vertrat der SPD-Rechtsanwalt Schuler, welcher bei dieser Sache seinem Namen alle Ehre machte. Nach 1½ Jahren wurde die Sache endgültig zugunsten der Firma entschieden.

Ein später eingestellter Schwerbeschädigter, welcher dem RFB angehört, wurde wenige Monate später mit den unglaublichen Maßnahmen aus dem Betrieb gebracht. Aber noch war dieser in der Werkwohnung bei einer Familie. Sowie diese arbeitete, war sie von der Firma entlassen worden. Nun erhielt sie auch noch die Räumungslage auf die Wohnung. Da zeigte es sich, daß auch diese Reaktionäre bei energischer Gegenwehr auf Granat bestanden. Die Firma wurde geschlagen und mußte bezahlen.

Schon seit Jahresbeginn hatten die Hainicker Arbeiter Feierlichkeiten. Die Firma zahlte einige Maß Unterstützung,

aber nur an die, welche nicht im Deutschen Textilarbeiterverband organisiert waren. Dadurch erlangte die Firma Kenntnis über die Zahl der Organisierten. Am 18. August wurden wieder 80 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, davon der größte Teil der Organisierten. Welches soziale Empfinden die Betriebsleitung hat, zeigt sich am besten darin, daß bei den Entlassenen ganze Familien oder deren Eltern sind, während anderseits Doppelverdiener oder doch Verkriegelte weiter arbeiten können. Ein Betriebsrat besteht nicht mehr. Durch systematische Arbeit hat es die Firma erreicht, daß kein Mensch diesen Posten übernehmen will.

Die Betriebsleitung, an der Spitze der Gräteaktionär Reichmann, hat ihr Ziel erreicht. Die Belegschaft besteht nun nicht aus fast nur willenslosen Arbeitslosen. Es wäre endlich Zeit, daß sich die Arbeiterschaft von Hainick, Großpötzsch und Umgebung zum entschlossenen Abwehrkampf zusammenschließt, denn davon handelt mit der Firma arbeitet der Hainicker Pastor. Davor nur einiges:

Ein Arbeitermädchen aus Hainick hatte ein Verhältnis mit einem Reichswehrsoldaten, welches nicht ohne Folgen geblieben war. Sie entschlossen sich zur körtingen Heirat ohne kirchliches Gutachten. Die Kirche erhielt davon Kenntnis und eine Schwester vom Kinderhort begab sich zu der Familie der Braut und stellte die Forderung auf, daß das Madel ihren Bräutigam lassen lassen sollte, wenn er sich nicht in der Kirche tragen lassen wollte. Auch in einem anderen Hause soll sich der „Seelbörger“ genannt haben, daß dies keine guten Kinder seien, die sich nicht in der Kirche tragen lassen.

Nur gemach, Herr Pastor! Hierzu können wir mit Leichtigkeit feststellen daß diejenigen, die sich vom kirchlichen Unruh freigemacht haben, viel edler, menschenfreundlicher und hilfsbereiter sind, als die sogenannten Christen“ Hainick bietet hierzu eine Fülle von Beispiele. Da fallen die kirchlichen Arbeiter den freudigen Kollegen in den Rücken und bringen diese um Sohn und Broth, da bekämpft eine kirchliche Familie die andere, um deren Wohnung zu erlangen, und viele andere, oft „christliche“ Taten kann man hier erleben. Das ganze Hainicker Christentum bedauert sich auf die Mitgliedschaft in einem der vielen kirchlichen Vereine und auf dauerndes Kirchenlaufen. Wo bleiben aber die christlichen Taten? Wir können diejenigen nur bedauern die noch immer im Dunkeln im kirchlichen Summe herumwirken die Firma, der da verantw. wie Konzernrecht oder Filipsdorf, für seine Wahrheit halten. Es wird lange dauern bis für die Lüge der Etatniss leuchten wird. Heute glauben sie noch, daß sie nach ihrem Tode in den Himmel kommen. Nach der christlichen Lehre wäre dies schon eine Illusion, denn da steht geschrieben, daß über den Aufenthaltsort im Himmel oder in der Hölle das jüngste Gericht entschieden wird. Der arme alte Adam und die Ehe liegen lagulagen auf dem Zettel, sie werden auch noch Jahrtausende warten. Dieses Beispiel würde die göttliche Gerechtigkeit am besten illustrieren. Neder dentende Mensch wird die Unhaltbarkeit der kirchlichen Lehre erkennen. Von einem religiösen Fanatiker kann man dies nicht erwarten.

Gegen Panzerkreuzerbau

Seiffenwedorf. Große öffentliche Volksversammlung am Freitag dem 31. August 20 Uhr im Ballhaus zur Krone. Tagesordnung: Selbstentstehungen der Sozialdemokratie in der Panzerkreuzerfrage, Volksentscheid gegen die neuen Kriegsrüstungen. Referent: Genosse Rennert, Dresden. M. d. L. Freie Aussprache. Alle Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellte Beamten und Einwohner von Seiffenwedorf müssen in Massen in dieser wichtigen Versammlung erscheinen.

Bei Einkäufen

sucht die Hausfrau in dem Inseratenteil der Arbeiterstimme.
bevorzugt
die preiswerten Angebote in derselben und kauft grundsätzlich nur bei den Inserenten

Allgemeine Werbung

Allgemeine Werbung
Hauswald
PIRNA, Markt 16
6 Prozent Rabatt

Berufsschule Pirna-Copitz

Alle Mädchen, die Ostern 1929 die Volksschule verlassen und dann in die hauswirtschaftlichen Volksklassen eintreten wollen, haben sich vom 3. bis 8. September im Geschäftszimmer der Berufsschule Copitz, Niederleithe 22 von 14 bis 16 Uhr anzumelden. Vorzulegen sind die letzte Osterzensuren.

Der Besuch dieser Klassen mit mindestens 30 Wochenstunden im 1. und 10 Stunden im 2. Jahre befreit vom weiteren Schulbesuch im 3. Jahre.

Pirna-Copitz, den 25. August 1928
Die Schulleitung, Oberlehrer Assert

Märkte und Mineralwasserfabrik

Heidan & Söhne

Bünastraße 41, Telefon 17486

A. verw. Alberts Dresden-A. 19
Getreide, Futter- und Düngemittel
Sämereien und Kartoffeln / Telefon 33150

Werbt neue Abonnenten!

Anerkannt größtes Lager in

modernen Herrenstoffen

vom billiger bis allerbester Qualität

finden Sie im Konfektionshaus

C. Julius Röhrig, Neugersdorf

Anlieferung nach Maß solid und preiswert

Unteres Hotel Butterberg

Neugersdorf-Georgswalde 1. B.

Jeden Sonntag Tanz

Nach 1. Jan. jeden Sonntag und Sonntag Maskenball

Herren- und Damenfriseursalon

Otto Hofmanns Machil.

Filipsdorf

Saubere, solide Bedienung

Café Sprenger

Conditorei, Weine, Erfrischung

Filipsdorf

Schuberls Lichtspiele

Filipsdorf Programmwechsel: Mittwoch, Sonnabend

Empfehlung

meine oftrenommierten Lokalitäten

* Saal 300 Personen liegend. Rechte der
Arbeitschafft lokalen für Direktion
Genf über, Filipsdorf

Gästekenzelt Filipsdorf

entbietet der Arbeitschafft seine neu gebauten Lokalitäten / Geben Sonnabend und Sonntag keine Ballmusik / Verstärktes Tanzbodenbretter / Um günstigen Aufspruch bitten der Wirt

dieser Mel...
und zum...
übt. Unter...
den Kommu...
nabüder — in
wechslung als
ach ist alle
es nur Kom...
Volkst auch
nicht hört,
nre am Bau...
d noch später

entfernen, das
ind sie damit
Jehamat am
sch, und hier
Gewehrslage!"
Proleten
Das Schöne
lang wieder-
voll", wo der
auf die schone
les". Immer
alles in der
angegangen, die
los gern wili...
ihren mächtig
sonntag mittag
m Ausmarsch
te die Kirche
Panti wölfe
oten, sie sind
Schuhentf...
ien viel Sch...
ersand, da der
elektrischen
rungen.

Arbeiterverband
Kenntnis über
wurden nicht
seit größter Teil
die Betriebs...
en Einflusses
eind anderseits
kenntnisse können.
nationale Arbeit
in Posten über.

Nationalrat Reichs...
steht nunmehr
etlich Zeit,
tik und Um...
ensichtlich denn
näherer Postor.

Berhältnis mit
sogen. geblieben
ohne stichliches
eine Schweier
raut und helle
aufragend laufen
en lassen wolle.
ch nicht in der
"Reichsgesetz"
geblieben. Geblieben
ist nicht in der

mit Leichtig...
glichen Unru...
her und hilf...
Hainic bietet
christlichen Ar...
o bringen diele
e Familie die
e andere, eit
ganze Hainic...
in einem der
herleben. Wo...
nen diejenigen
stlichen Summe...
wird, wie Kon...
halten. Es wird
minis leichten
am Tode in den
säre dies schon
er den Aufsen...
lich entscheiden
egen Jagdtag...
nis und warten
honen warlen.
am besten illu...
halbarkeit der
ßen Anatlier

itterberg
oogswalde I. B.
ntan Tanz
Sonata Marzenall

menfriseursalon

nns Machill.

die Bedienung

nger
Erfrischung

chtspiele

Wittsch. Sonnabend

in Lokalitäten

in lassend, nicht ver...
nos zur Verführung

Wittsch. Sonnabend

ppsdorf

seine neuge...
n Sonnabend
allmuf...
heiter / um
der Wirt

Die Stille starb . . .

Es gibt so merkwürdige Tage im Leben. Es gibt Tage im Leben, wo du auch einmal dir selbst gehörst. Da ist im ganzen Hause kein Laut. Unten an der stillen Straße trauen die Kastanienbäume oder auch Linden. Blumen taumeln um die dufthohen Kronen. Dann hört du wohl am Fenster, und vor dir liegt ein Buch, vielleicht ist es "Die Hölle" von Barbasse, die noch einmal das ungewöhnliche Elend eines verbrecherischen Krieges in dir heraufsteigen läßt, aber dann ist auch in dir Stille . . .

Stille herrschte sogar darüber auf dem Kasernenhof der Landespolizei. Träge brütet die Sonne über dem Platz. Da plötzlich kriecht es heran. Ein Mann, zwei, drei und mehr, immer mehr. Die Männer schleichen um die Ecke eines der Frontgebäude der Kaserne, wie Raubtiere zum Sprunge bereit, bewaffnet bis an die Zähne. Noch hören sie die Ruhe des Vormittags nicht. Ob sie wohl in dieser Aufmachung einen Verbrecher fangen wollen? Ein kurzes Verhalten an der Ecke des Gebäudes, dann stürzt einer nach dem anderen in fahnenähnlichen Sprüngen in Deckung. Ohne Zweifel, es sieht sich interessant zu, wie Polizeidienst bei uns gemacht wird, denn um Polizisten, also Schuleute handelt es sich hier! Da! Ein Schuß zerreiht die Stille! Ein Schuß. Nein, zehn, zwanzig, hundert Gewehrschüsse knattern und erklingen ja die Passanten. Die Schüsse erinnern uns an jene Zeit, in der wir Menschen gegenüberstanden, die uns als unsere Feinde bezeichneten wurden um eines profitstiftenden, gewalttherischen Systems willen. Schüsse gab so mancher damals ab, der nie im Leben daran dachte, einen Klassenkollegen zu töten, aber das herrschende, das kapitalistische System verlangte das von ihm, da seine Interessen in Gefahr waren. Sind diese Schüsse aber nicht dieselben, die heute den Sommerstag zerreißen. Ja, es sind dieselben! Abgefeuert aus Mordwaffen, um für das gleiche System wie damals zu töten. Menschenleiber zu zerreißen, den Tod zu bringen.

Der Feind sind heute die eigenen Volksgenossen! Wir kennen den Feind der Herren, die dort auf dem Kasernenhof ihr Kriegsspiel spielen lassen, wir brauchen ihn nicht beim Namen zu nennen. Der Feind dieses Systems ist überall. Er ist bei jedem Umzug der arbeitenden Klasse, er ist sogar im Begräbnis eines Kämpfers dieser Klasse zu sehen. Wäre der Feind dieses verruchten Systems nicht überall, was brauchten die Polizeibeamten dann bei jeder Gelegenheit, bewaffnet bis an den Hals, den Karabiner in der Faust, die Stille der Straßen mit ihrem Pärz zu zerreißen?

Im Landtag des Freistaates Sachsen sind bei der Besprechung des Polizeietaats harte und scharfe Worte gegen die Militarisierung der Polizei gefallen. Sie verhöhnen bei den alten militärischen Offizieren der Polizei. Der Geist, der prügelt und schlägt bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, er wird weitergepflanzt, solange, bis die klassenbewußte Arbeiterschaft dieses Systems und seine "Ordnung" unter dem roten Banner des Kommunismus stürzen wird.

Arbeiter-Moral

Wie uns von Arbeitern der Sächsischen Gußstahlwerke Döhren mitgeteilt wird, entspricht unsere Meldung betr. den Arbeitermord in den Gußstahlwerken insofern nicht in allen Teilen den Tatsachen, als der Arbeiter nicht von der Direktion entlassen worden ist, sondern selbst seine Papiere geholt hat, um, wie er erklärte, nicht noch einmal durch die Zustände in den Werken zu Hintersichtsdiensten für die Direktion gezwungen werden zu können.

Gin neues Verkehrshindernis

(Arbeiterkorrespondenz)

Der gesuchte Einwohnerkarte von Striesen zur Kenntnisnahme, daß der wohlwollende Rat zu Dresden ein neues Verkehrshindernis errichtet. Ecke der Altenberger und Schandauer Straße wird eine neue Latrine und Blockstation gebaut. Die Latrine unterteilt die Blockstation über dem Erdboden. Wie gesagt fragtlos in jeder Beziehung, ob die Latrine ein Verkehrshindernis bildet, ist ja ganz gleichgültig.

Ganz abgesehen davon, ob ein Bedürfnis zur Errichtung einer Latrine mit Blockstation an der Stelle unbedingt nötig ist, so hätte sich doch sicher tatsächlich ein geeigneter Platz dafür gefunden, wenn man gesucht hätte. Statt aber den Platz so überflüssig wie möglich zu gestalten, wird einfach an die ungeeignete Stelle eine Latrine gebaut, haben die Herren, die den Platz vorgeschlagen haben, auch damit gerechnet, daß dadurch die vielen Fahrwagen im größeren Bogen fahren müssen als bisher. Die vielen Umläufe, die gerade an den Straßenkreuzungen schon geschehen sind, sind anscheinend in Vergessenheit geraten.

Blutige Schlagerei zwischen feindlichen Rolandsbündern

In der Nacht vom 19. zum 20. August 1928 gelangte kurz nach Mitternacht die fernmündliche Nachricht nach der 3. Polizeiwache (Glacisstraße), daß vor dem Aufgang zur Albertbrücke neuträgerseits eine große Schlagerei zwischen Rolandsbündern stattfand und einer von ihnen schon halbtot geschlagen worden sei. Beim Eintreffen von Polizeibeamten wurde nur ein Rolandsbünder, der Verbindung der "Freien Volksländer" angehörte, angefahren, der mehrere Kopfverletzungen hatte und auch mehrfach mit einem spitzen Gegenstand in den Rücken gestochen worden war, während seine feindlichen Brüder von der Verbindung "Ehrbare rechtschaffene Handwerker", sogenannte "Schwarzschläge", in Richtung der Elbmühlen nach dem Gesamtministerium zu flüchten. Die Verfolgung wurde sofort von den Bezirksbeamten und zwei Überfallkommandos aufgenommen, und es gelang insbesondere mit Hilfe des Suchscheinwerfer, im Elbgelände und den benachbarten Straßen acht Schwarzschläge zu erreichen und der 3. Polizeiwache zuzuführen. Dieselben wurden in Polizeigewahrlaft genommen.

Der Grund zu dieser Schlagerei sind Differenzen zwischen den Rolandsoberbindungen "Freie Volksländer" und "Ehrbare rechtschaffene Handwerker" gewesen.

Eine gräßere Schlagerei vor dem Bellevue

Am 20. August gegen 00,30 Uhr hat in dem Ballspiel "Bellevue", Wallstraße 27, eine gräßere Schlagerei stattgefunden. Zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung wurde das Überfallskommando herbeigerufen. Zwei Personen sind festgenommen worden.

Chronik der täglichen Unfälle

Am Sonntag, kurz vor Mitternacht, kamen auf dem Postplatz vor der dortigen Wartealle ein Motorradfahrer und dessen Begleiter zum Sturz. Die Motorfahrer erlitt eine Knieverletzung, im übrigen verletzte der Unfall, der auch zu einer größeren Menschenansammlung führte, ohne weiteren nennenswerten Schaden.

Kurz vorwärts war am Altmarkt ein Personenauto, bei dem plötzlich der Motor aussetzte, mit einem Stoßenbahngang der Linie 18 zusammengestoßen. Menschen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden; es entstand lediglich einiger Sachschaden.

In Altstadt geriet am Sonnabend beim Anfahren und Einbiegen in die Berliner Straße ein Kraftwagen ins Schleudern und klappte auf die Straße. Der Besitzer des Autos mußte mit einer anschließend erheblichen Unterschenkelverletzung in eine Klinik übergeführt werden. Der andere Motorfahrer kam mit

"Im wunderschönen Monat Mai . . .

da muß die SPD-Partei zur größten Macht gelangen!"

"Wer gegen den Panzerkreuzer ist, wählt SPD!"

W. F. Das waren die unversänglichen SPD-Wahlparolen. Größer und umso beachtenswerter waren die Gemeinheiten, mit denen gegen die KPD gekämpft wurde. Bekannt sind die Schwindelzugblätter und der ganze Lügenfeldzug, der auch heute wieder von den "linken" Führern der sächsischen Sozialdemokratie fortgeführt wird — trotz Panzerkreuzer und gerade, weil die Arbeiter am verrückten Kurs dieser Führer erkennen und begreifen lernen, daß sie nur unter der Führung der KPD Garantie für ernsthafte geführten proletarischen Klassenkampf haben. Mit allen Mitteln versuchen deshalb gegenwärtig SPD-Führer "linker" und rechter Schattierung die Massen von der Erkenntnis abzuhalten, mit der Partei der Panzerkreuzerbewilligung zu brechen und Anschluß bei den roten Klassenfront und ihrer Partei, der KPD gesucht werden muß. Die "linken" sind so sehr an die Panzerkreuzerpartei gebunden, daß ihre ganze Opposition zur lächerlichen Komödie wird — sieht man ihre praktischen Ergebnisse. Treue zur Partei fordern jene, die nach dem 4. August 1914 und seinen Erfahrungen und Lehren zu behaupten wo en, Karl Liebknecht gehörte der Sozialdemokratie und nicht den Kommunisten, zu denen ihn „ein menschlich entzündbares Versehen geführt habe“ (Hennig vor der Dresdner Sozialist. Arbeitertagung zur Liebnecht-Luxemburg-Gedächtnis 1927). Das sagen diejenigen, die bis dato zu behaupten wagen, der 4. August 1914 gehörte der Vergangenheit an und könne eine Wiederholung nie wieder erfahren. Nie wieder Kriegs-Ideologie und seine Jünger und Verfechter sind jetzt in aller Deutlichkeit als das erkennbar, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich: Vorbedingung und Vorbereiter eines neuen Föderations! Deshalb auch der Kampf gegen KPD und Roten Frontkämpferbund, die den Kampf gegen jede falsche politische Parole und damit den Kampf gegen das kapitalistische System überhaupt führen.

Der Panzerkreuzer, der sich bei den letzten Reichstagswahlen wiederum der revolutionären Klassenkampfpartei im Kampf

gegen alle antiproletarischen Parteien und ihre Kriegspolitik zur Verfügung stellte, wurde von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen verleumdet und bekämpft. War ein Verbot unmöglich, dann wurde die Entwicklung seiner proletarischen Kräfte durch die gemeiste Hecke zu hemmen gesucht.

So waren es in Striesen die fanatischen "radikalen", „linken“ SPD-Leute, die es fertig brachten, den RFB insgeheim symbolisch als betrunkenen uniformierten Roten Frontkämpfer darzustellen, der Arm in Arm mit Nationalsozialisten und Stahlhelmern schwer bewaffnet gegen die Sozialdemokratische Arbeiterschaft zieht. Und das in einem bunten überlebensgroßen Figuren tragenden Bild am Volkshaus-Ost. Mancher SPD-Genosse, mancher Jungsozialist und SA-Genosse ist mit der verlogenen Tendenz, die täglich Lügen gebracht wurde, nicht einverstanden gewesen, aber keiner fand den Mut in aller Deutlichkeit gegen diese Art Wahlpropaganda zu protestieren. Das verlogeneleinwandbild ist verschwunden, der Wahlfilm der SPD mit den schönen Parolen: „Krieg dem Kriege“, „Gegen die Koalitionspolitik“, „Gegen den Panzerkreuzer — für Kinderspeisungen“ liegt im Archiv der SPD, die Siemens-Lautsprecher machen Reklame für Konsum und Gewerbeschäft und füllen nicht mehr ganze Städte mit dem lauten Getöse sozialdemokratischer Wahlversprechen. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind um eine schwere Erfahrung reicher. Inzwischen marschiert die Rote Front unentwegt, ruft und summert um sich alle mit proletarischem Empörerherzen. Trotz Lüge und Hecke werden es immer mehr, die sich in die Marschallionen der proletarischen Bewegung einreihen.

Sozialdemokratischer Klassenkollege! Wo gehörst du hin? Zu denen, die den Panzerkreuzer bauen oder zu denen, die die Kriegspolitik der deutschen Imperialisten befürworten? Entscheide dich!

Reisender Bortschuszbetrüger festgenommen. Am 27. Juli dieses Jahres wurde in Dresden der Kaufmann Rudolf Küngi, am 27. 1. 22 in Wehr (Baden) geboren, festgenommen, weil er sich des Namens einer leichtfertig gefüllten Person bedient hatte. Durch die weiteren Erörterungen wurde festgestellt, daß er sich als Bortschus und Cinnamonteträger betätigt hatte. So ist er im Juli hier unter dem Namen Reis und Exner aufgetreten und hat in der Hauptstraße frische Personen bestohlen. Er gab sich als Reisender der Firma Dr. E. Fischer in Fulda aus, nahm Belohnungen für Heilmittel entgegen und verlangte hohe Anzahlungen. Die Auftragsarbeit der Firma waren von ihm gefälscht worden. Früher will Küngi für eine Firma Salathen in Frankfurt am Main gearbeitet sein. Inzwischen er ist auf den Namen dieser Firma Beiträger gegangen und wird noch erörtert. Offenbar ist die Zahl der von ihm geschädigten Personen größer als er zugibt.

Kraftpostwärter. Infolge der vorgezogenen Jahreszeit wird der Betrieb der Kraftpost Königstein-Görlitz-Papstdorf-Kleinhennerdorf u. Königstein-Hüttens-Cunnersdorf-Kleinleghübel auf den Teilsträßen Papstdorf-Kleinhennerdorf und Cunnersdorf-Kleinleghübel vom 1. September an bis auf weiteres eingestellt.

Zoo. Am Laufe der Woche ist ein junges Zebu geboren, ein ganz beworrend kräftiges Züffel. So ein junges Zebulon ist nicht nur ein schäyenswerter Anblick hinsichtlich des Verlustwertes, sondern auch hinsichtlich des Schauwertes. Hierin ist ihm allerdings die Geburt der vorletzten Woche deutlich überlegen, die an der Ställtburg angebrachte Schildkröte ist geradezu einzig und wird ständig von Schaulustigen belagert. Schon das Bild, das die rothaarige Mutter mit dem ganz dunkel schwarzhäutigen Jungen gewährt, ist entzündlich, aber noch reizvoller wird dies durch den Vater, der in immerruhender Geschäftigkeit sich mit dem Jungen zu schaffen macht, bald hat er ein Handchen, daß das Ohr erhascht und läuft es in der bekannten Weise, die von Seiten kritisch als läben oder als laufen bezeichnet wird. Es kann gar nicht eindeutig genug betont werden, es gibt weder einen altemittlichen Affenloch noch einen Affenlaus bei Tieren, die so viel auf Säuberung ihres Körpers geben; solche Parasiten können sich hier einfach nicht entwindeln.

Die Berliner Rotterbühnen pachten das Dresden Residenztheater

Zwischen den Berliner Rotterbühnen und dem Dresden Residenztheater ist ein Pachtvertrag abgeschlossen worden, nach dem die Rotterbühnen das Residenztheater ab 1. September d. J. für vier Monate übernehmen. Unter Beibehaltung des bisherigen finanziellen Personals, aber unter Überziehung erster Berliner Kräfte wird das Theater auch in Zukunft die Operetten pflegen.

Einige dringende Fragen an das Arbeitsamt

Freiberg. Schon öfters mußten wir die Beobachtung machen, daß die Vermittelung zu Roststandsarbeiten sehr willkürlich vor sich gehen muß. Schon frak ist das Verhältnis jetzt bei den Braumarbeiten in Muldenhütten. Obwohl dort Roststandsarbeiter vorhanden sind, die schon weit über die erforderliche Zahl Wochen zur Erlangung der Erwerbslosenfürsorge beschäftigt sind, werden jetzt, bei Ausmehrung, nicht diese, sondern auf Anweisung des Arbeitsamtes Leute entlassen die teils noch nicht einmal die Wartezeit zur Arztsfürsorge erfüllt haben. Angestellte der Tafelache, die von Seiten kritisch als läben oder als laufen bezeichnet wird. Es kann gar nicht eindeutig genug betont werden, es gibt weder einen altemittlichen Affenloch noch einen Affenlaus bei Tieren, die so viel auf Säuberung ihres Körpers geben; solche Parasiten können sich hier einfach nicht entwindeln.

Arbeitende Jugend in Ketten!

Verteidigte Sowjetrepublik, das Land, in dem die Arbeiterjugend ungeheuer viel Rechte hat. Demonstriert mit dem KPD gegen Krieg und Kriegsgefahr am 14. Internationalen Jugendtag am 1. und 2. September 1928 in Dresden!

Holzschwindschäden. Durch einen Gendarmerieposten in Klippen konnte der Buchhalter Quells aus Berlin, der nach Unterlassung von 600 Mark in einem Abzahlungsgeschäft seit etwa Monat nicht flüchtig war, festgenommen und vorläufig dem Amtsgericht Bad Schandau zugeführt werden. Es wurden nur noch wenige Hundert Mark bei ihm vorgefunden, alles andere hatte er bereits in leichtsinniger Weise verausgabt.

Radeberg. Das Stadtbad mit dem Lufi- und Lichtbad bleibt am Sonntag, dem 2. September 1928 von nachmittags 1 bis 6,30 Uhr für die Allgemeinheit geschlossen.

Bon Breslau bis Hamburg

Zum 13. Kongress des ADGB

Die Periode vom Breslauer bis Hamburger ADGB-Kongress zeigt die gleichmäßige Entwicklung der ADGB-Führer und der deutschen Bourgeoisie. Der Breslauer Kongress tagte im September 1925, in der Zeit, als die Monopolisierung der deutschen Industrie unmittelbar weitere riesenhafte Fortschritte machte. Durch die gleichzeitige Verbesserung des Produktionsapparates und der Arbeitsmethoden, mit den ausgeschütteten Rationalisierungsmassnahmen gelang es, die Ausbeutung ungemein zu steigern. Aufgesorbt von den Führern des ADGB nahmen die Arbeiterschichten die „Unferten“ der Rationalisierung ohne Widerstand auf sich. Die händige Reservearmee für die kapitalistische Ausbeutung verdoppelte sich gegenüber den Jahren der Vorkriegszeit.

Auf dem Breslauer Kongress bestand eine klare Übersicht über die Erfolgsmöglichkeiten der kapitalistischen Rationalisierung noch nicht. Das trat deutlich durch die Unschärfe des von den Reformisten vollständig beherrschten Kongresses zu allen politischen und ökonomischen Fragen zutage. Nur eine Tatsache trat eindeutig und klar in den Vordergrund. Immer mehr fanden die führenden Elemente der deutschen Gewerkschaften zur Einsicht, daß ihre reformistische Politik einer besseren ideologischen Fundierung bedürfte, wenn weiterhin die Arbeiterschichten durch sie bestimmt und gebunden werden sollten.

Der Wiedereintritt der deutschen Bourgeoisie in den internationalen Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Staaten schloß ein Laviert unter Verwendung marxistischer Aussagen zur Föderation der Arbeiterschichten aus. Die Verhältnisse zwangen die offiziellen Führer des ADGB, sich klar zu entscheiden. Schon längst hatten sie sich auf den Boden des heutigen kapitalistischen Staates gestellt, ihn als die Basis, auf der der Sozialismus aufgebaut wird, unter den Massen propagiert. Das führte sie konsequenterweise zur Unterführung der kapitalistisch-monopolistischen Wirtschaft und zur Ablehnung des Klassenkampfes.

Es galt darum, vor den Arbeiterschichten den „friedlichen Weg zum Sozialismus“ aufzugeben. Das veranlaßte die Führer des ADGB schon auf dem Breslauer Kongress, die Wirtschaftsdemokratie als das „neue Ideal“ der Arbeiterschichten zu proklamieren.

Das Problem selbst war noch verhältnismäßig ungeklärt. So konnte es dem Bundesvorstand passieren, daß der offizielle Referent (Professor Hermannsberg) unter dem Druck seiner eigenen wissenschaftlichen Einsicht über die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft und der Beziehungen zwischen den Klassen durch seine Aussführungen eher zu einer Entlarvung des wirtschaftsdemokratischen Schwundes beitrug, als auftragsgemäß seine Popularisierung und Vertiefung unter den Arbeiterschichten zu fördern.

Selbst dem Breslauer Kongress haben sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht wesentlich geändert. Ein ungeheuerer Stab von bürgerlichen Intellektuellen und ehemaligen Marxisten hat die „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ in Form gebracht. Mit aller Rücksichtslosigkeit haben die Führer des ADGB auch die Reste der marxistischen Grundsätze über Bord geworfen und gliedern sich vollständig ideologisch und organisatorisch in die kapitalistische Gesellschaft mit ihrem Staats- und Wirtschaftsapparat ein. Sie sind zu aktiven Agenten der Industrieherrschten in den Reihen der Arbeiterschichten geworden. Die Aussage des Genossen Lenin über die Herausbildung einer korrumptierten arbeiteraristokratischen Schicht als besondere Erziehung der imperialistisch-monopolistischen Phase bewahrheitet sich wiederum auch in Deutschland.

Die sozialdemokratischen Führer sind Teile der herrschenden Klasse geworden. Gerade in den letzten Wochen waren sie gezwungen, das vor den Massen eindeutig zu enthalten. Sie bestätigten den Panzerkreuzer A. Trotz allem Bestrebens und tabakalem Gehrei zur Ableitung der Arbeiterschichten von dem Verrat ist es unwiderlegbar, daß diese Handlung nur eine logische Folge der gesamten Politik der sozialdemokratischen Führer ist.

Das Verhüllen und Verschweigen der sich verschärfenden Widersprüche in der kapitalistischen Wirtschaft während der Periode der Monopole und Truste, die Förderung der Wirtschaftsentwicklung und damit des verschärften internationalen Konkurrenzkampfes durch die Gewerkschaftsführer, zwingt sie auch zur Unterstützung der Kriegsrüstungen. Sie müssen für die Stärkung der Wehrmacht eintreten, die Kriegsgefahr verleug-

nen, Mittel für die Produktion von Kriegsmaterial, von Panzerkreuzern und Flugzeugen für die kapitalistische Regierung bewilligen als Minister der Großen Koalition, selbst die Maßnahmen durchführen zur Vorbereitung der neuen gewaltfahigen Auseinandersetzungen des Kampfes gegen die Sowjetunion.

Die Folgen dieser Politik zeigen sich in allen Fragen der Gewerkschaftsbewegung. Die Führer der Arbeiterschichten werden eingezogen und verhindert. Das Lebensniveau ist trotz einer glänzenden Wirtschaftskonjunktur im allgemeinen nicht gestiegen. Die Arbeiterschichten stellen trotz ihres eingepackten statistischen Verfassungen fest, daß der Reallohn sinkt. Die Verbände des ADGB in ihrer Gesamtheit stagnieren, die der Christen und Christen-Denker dagegen wachsen. Das Fehlen einer revolutionären Ausbildung und Politik in den freien Gewerkschaften hemmt ihre Entwicklung. Die Mitgliederzahl betrug nach dem Jahresbericht des ADGB:

1925: 4 456 451 1926: 3 977 309 1927: 4 150 160

Das heißt, die Verbände haben noch nicht den Stand von 1925 erreicht, trotzdem die glänzende Konjunktur der kapitalistischen Wirtschaft in den Jahren 1926/27 gute Möglichkeiten für die Stärkung der Gewerkschaften botte. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist seit 1925 von 751 585 auf 650 507, also um rund 100 000 gesunken. Das zeigt den Weg, den die freien Gewerkschaften unter Führung der sozialimperialistischen Führer gehen. Den Organisationen gehören in erster Linie die qualifizierten Arbeiter, besonders die in den mittleren und Kleinbetrieben, an. Millionen Massen der schlecht bezahlten Hilfsarbeiter aus den Kleinbetrieben, den Stützpunkten der herrschenden Trustbourgeoisie, Millionen der in die industrielle Tätigkeit einzbezogenen Frauen und Jugendlichen, sind nur ganz ungenügend von den gewerkschaftlichen Organisationen erfaßt. Die Politik der Reformisten hindert sie, den Weg zu den Verbänden zu finden.

Die Demokratie in der Organisation wurde weiterhin rücksichtslos und brutal unterdrückt. Es gibt keine Diskussionsfreiheit der Probleme des Klassenkampfes. Selbst der Vertreter der zentralistischen Leipziger Volkszeitung geriet in Gefahr, wegen seiner zähmen Kritik an der Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer, aus dem Tagungsort des Bundeskongresses der

Berichtsschreiber hinausgeworfen zu werden. Die revolutionäre Opposition wird mit allen Mitteln, selbst unter Verwendung von Polizeipräsenz auf das entschieden bekämpft. Die Organisationen werden immer mehr zu sozialen Unterstützungsinstanzen verwandelt. Das beweist auch die Verwendung der Mitgliederbeiträge. Es wurden aufgebracht und für Streiks und Aussperrungen ausgegeben:

Einnahmen	Ausgaben f. Streiks u. Aussperrungen
1925 147 Millionen	26 Millionen
1926 148 Millionen	8½ Millionen
1927 182 Millionen	9 Millionen

Wir erinnern daran, daß im Jahre 1927 große Aussperrungen stattfanden, so daß der größte Teil der 9 Millionen für die Unterstützung der Opfer von Unternehmerangriffen auf die Arbeiterschaft und nicht der Unterstützung von Arbeitern diente, die einen Angriff auf das Unternehmertum unternahmen, um ihre Lebensverhältnisse zu verbessern.

Mehr als 70 Millionen Gewerkschaftsgelder legte der ADGB durch die Arbeiterschaften und entzog sie damit der Verwendung zu Kampfzwecken. Die Einführung der Invalidenversicherung ist eine weitere Maßnahme zur Verwandlung der Verbände in wichtige Stützen des kapitalistischen Staates.

Das innere Leben der Verbände verlor. Nur ein schmaler Stab von Funktionären beteiligte sich im allgemeinen an der Verbandsarbeit. Zur Vorbereitung des Hamburger Kongresses versuchte allein die revolutionäre Opposition die Diskussion über die Probleme des Gewerkschaftskampfes zu entfesseln. Nur 32 von den 12 000 Ortsgruppen der freien Gewerkschaften, die sich unter reformistischer Leitung befinden, stellten an dem Kongress Anteile.

Wird Hamburg diesen Kurs der Gewerkschaften ändern, wird er das Steuer herunternehmen? Wir sagen Nein! Dem 13. Kongress hat der Bundesvorstand die Aufgabe gestellt, die von uns geschaffte Politik unter den Massen weiter zu verbreiten und zu verstehen. Die Anträge des Bundesvorstandes an den Kongress bestätigen das.

Es hängt allein von der Tätigkeit der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften ab, ob die gewerkschaftlichen Organisationen noch mehr als bisher zu Stützen des kapitalistischen Staates oder zu Werkzeugen des rücksichtslosen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie werden. Die Aufgabe ist schwer. Aber es gilt nach dem Wort von Karl Marx, seine noch so schwierige Aufgabe, die eine ihrer Kraft bewußte Arbeiterschaft nicht lösen könnte.

Paul Merker

Verbandstag der Tabakarbeiter

3. Verhandlungstag (Nachmittagsitzung)

Am Nachmittag sprach Wenzel vom Hauptvorstand über die Berufsausbildung und Lehrlingsfrage in der Tabakindustrie. Er vertrat sich vor allem über die Vorlage, die beim Wirtschaftskomitee liegt. Er führte aus, daß dieser Entwurf gegen den Tarif gerichtet ist und daß er ein Zwangsgesetz in der jetzigen Form darstellen würde. Hierauf ging er auf die berufliche Ausbildung der Lehrlinge selbst ein, wobei er Fälle ansprach aus Westfalen und Oberösterreich, in denen auf 43 gelernte Arbeiter 73 Lehrlinge treffend. Die Lehrlinge erhielten in diesen Orten im ersten halben Jahr und nach einiger Zeit der Ausbildung pro Woche 1,10 Mark, was gleich ein Zehntel des eigentlichen Tariflohnes ausmachte.

Das Jugendausbildungsgesetz selbst, so sagte er, wurde in seinem ersten Entwurf von der Regierung zurückgewiesen und einer neuen Kommission zur Nachprüfung überwiesen. Im allgemeinen wandte er sich gegen die Lehrlingslöhne, die dem Unternehmer gründlich nur billige Arbeitskräfte in die Hände führen. Die Gewerkschaften, sagte er, haben daher zu streben, daß die Lehrlinge den Tarifen der Gewerkschaften unterworfen werden.

Den Bericht vom Internationalen Tabakarbeiterkongress erklärte Reich, Gießen. Er berichtete, daß der Internationale der Tabakarbeiter 12 Länder angegeschlossen sind mit 120 000 Mitgliedern. Darunter Deutschland mit 71 000. Die einzelnen Länder waren vertreten durch 29 Delegierte. Dem Kongress selbst lag ein Antrag vor, eine obligatorische Streitunterstützung einzuführen. Derselbe wurde angenommen. Die der Internationale angegeschlossenen Länder sind durch diesen Beschuß verpflichtet, wenn in einem Lande ein Streik ausbricht, oder eine Nahregelung erfolgt, nur so viel internationale Beiträge zu leisten, als in dem betreffenden Lande Kollegen im Kampf stehen.

Die Organisationsverhältnisse sind in den einzelnen Ländern sehr verschieden. So sind z. B. in England von 45 000 Tabakarbeitern nur 4000 im Tabakarbeiterverband organisiert. Die anderen in diesem Berufe Beschäftigten gehören allerdings zum Teil anderen Organisationen an. Ein Zustand, so sagte er, der zweifellos nicht gutgetrieben werden kann. Der englische Delegierte erklärte dazu, daß es versucht werden, die in den anderen Verbänden Organisierten der Tabakarbeiterorganisation zu zulassen. Zwei Anträge von Berlin, die einmal besagten, daß die russische Tabakarbeiterorganisation in die Internationale aufgenommen werden sollte, und anderseits verlangten, die Internationale soll dahinwirken, daß die Arbeitszeit für die Tabakindustrie in allen Ländern auf 7 Stunden pro Tag herabgesetzt werde, kamen nicht zur Verhandlung, weil der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes diese Anträge, trotzdem sie von der Zabstelle Berlin rechtmäßig gestellt waren, bei dem Bureau der Internationale nicht rechtzeitig eingereicht hatte. Letzteres wurde vom Genossen Armburst, Berlin, sehr scharf kritisiert.

Hierauf ergriff der Vorsitzende Deichmann, Bremen, das Wort und erklärte zu den Ausführungen des Genossen Armburst, daß es nicht anginge, daß einzelne Zahlstellen oder gar Mitglieder Anträge zum Internationalen Verbandstage stellen, bevor nicht der Zentralvorstand eines Landes seine Zustimmung dazu gegeben habe. Er führte weiter aus, daß es unmöglich wäre, die russischen Tabakarbeiter in die Internationale aufzunehmen, solange sie nicht der Amsterdamer Richtung angehören. Im übrigen, so sagte er, werden in Zukunft die Delegierten zum Internationalen Kongress nicht mehr durch die Mitglieder, sondern durch den Vorstand ernannt werden. Dabei betonte er aber ganz besonders, daß dadurch die Demokratie innerhalb des Verbandes absolut nicht verletzt werde.

Hierauf wurde der Antrag 116 (Breslau), der eine Reduzierung des Betriebsrätegeleisches forderte, dem Vorstand als Material überwiesen.

„Ich sehe, daß wir von alten Vorräten leben.“

„Andreas, Andreas! Der Krieg, verstehten Sie, der Krieg!“

„Was wollen Sie damit sagen?“

„Warten Sie! Warten Sie! Hennig wird Ihnen seinen Gedankengang erläutern. Ihr Verband ist wie bei allen Russen und Polen.“

„Hennig wird leben! Niemand hat recht, der Alle hat recht. Er sagte: Streitet auch mit den Russen nicht. Die Russen sind die natürlichen Verbündeten der Deutschen.“

Hennig entwickelte nun den Gedankengang des Alten weiter und sagte: „Liebe Kerle! Aber euch fehlt die Disziplin des Verstandes! Bei den Freunden des Chorgesanges, wo ich Käffchen bin, habe ich direkt erklärt: Wir gehen dem Sozialismus entgegen!“

„Durch den Krieg.“

„Ja, ja! Natürlich durch den Krieg! Andreas, Sie beginnen schon diszipliniert zu denken, und diesen Kriegschritt schreibe ich mir zu; — habt — jetzt Sie mir nicht böse! Andreas! Eben durch den Krieg! Wie? Der Krieg lehrt uns rationieren, — ja! — die Lebensmittel nach Lebensmittelkarten einteilen — ja! — unabhängig vom kapitalistischen Apparat!“

„Brokatarten?“

„Ja, ja!“

„Und die anderen Länder?“

„Andere Länder?“

Paul Hennig sprang vom Stuhl auf und hob seine Stimme um zwei Töne höher. „Wir werden den anderen Ländern beibringen, ihre Produkte ohne Kapitalisten zu rationieren. Und in diesem Zweck werden wir sie zunächst zerstören. Wir, die Deutschen!“

„Ach, aber wenn —“

„Wa-as?“

Hennig hob seine Stimme noch um zwei Töne höher. „Was meinen Sie, wenn“, dröhnte Hennig gutmütig, und seine Stimme wurde sofort um vier Töne tiefer.

In diesem Augenblick stürzte der rosig, rosigelockte, wie ein Auto fahrende Trägergeist herein und zog eine Stange unter dem Arm nach. Hinter sich schleppte er die halb zusammengefallene Johne wie einen Frauenschwanz her.

„Ach, ich, wer hat Sie gelegt?“

„Die Russen, Meister!“

„Die Armen!“ sagte Hennig, ergriff die Stange und schob ihr Ende gegen das Fenster, „die haben wahnsinnig gehabt. — Schauen Sie die anderen Länder an, Andreas, es handelt sich hier gewiß nicht um Russland, — es ist die sozialistische Sache!“

Der Trägergeist öffnete das Fenster, entzog die Stange und hängte sie zum Fenster hinaus. (Fortsetzung folgt.)

STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Russland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitrij Umanski
Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(36. Fortsetzung.)

Den Text bildeten Ausschnitte aus Zeitungen und Zeitschriften, peinlich sauber aufgelebt, mit sorgfältig beigelegten Quellenangaben. Nirgends Kommentare. Einzelne Notizen waren mit Tinte angestrichen. Wahrscheinlich schienen sie M. Percy besonders bemerkenswert. Einige, die die Aufmerksamkeit des Stadtrates auf sich zogen, bezeichnete er mit Rothilf:

„Wenn Jesus von Nazareth, der der Feindelesse lebte, heute wieder unter uns wäre, er würde nirgendwo weilen wollen als im deutschen Land. Was meint ihr wohl, wo er zu finden wäre? Meint ihr, er würde auf eines Kanals stehen und zürnend sagen: Ihr läudigen Deutschen, lieber eure Feinde? Ich meine nicht! Sonderlich ganz norm würde er sein, in den ersten Reihen der Feldgrauen, die mit unerbittlichem Hass kämpfen. Dort würde er sein und würde die blutenden Hände und die todbringenden Waffen legen, würde vielleicht selbst ein Richterschwert ergreifen und die Deutscherfeinde von den Grenzen des geliebten Landes immer weiter zurücktreiben, wie er einst die Krämer und Wucherer aus dem Tempel der Juden trieb.“

(Wolfserzähler.)

Auf einem anderen Blatt stand zu lesen:

„Seid sparsam mit dem Brot!“

Mit jedem ersparten Bissen Brot unterhält ihr den schweren Kampf eurer Männer, Väter und Söhne!

Jede ersparte Schnitte Brot ist

ein Schuh gegen England,

unseren Feinden,

und verfügt die Dauer des Krieges!

Und auf der Rückseite des gleichen Blattes:

„Concordia“ Spinnerei und Weberei in Breslau

Re. Lohn zu 57½ Stunden 9,91 M.

Abzüge:

Krankenversicherung 0,28 M.

Arbeits-Versicherung 0,12 M. 0,40 M.

Netto 9,51 M.

A

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Oberlausitz

A

M. Göhde, Uhrmacher, Albertstr. 15
Uhren • Goldwaren • Grammophone
67543

GUSTAV PENTER
Konfektion
Große Auswahl — Billigste Preise
Albertstraße
67543

Robert Bünnesmann, Dresdner-Waldr. 4
Kolonialwaren • Schuhien
67544

Stadtsparkasse NEUGERSDORF
verzinst Sparinlagen mit
5 Proz. bei täglicher Verfügung
6 Proz. bei einmonatiger Kündigung d.
7 Proz. bei vierjährlich. Röndigung
67104

Paul Wagner
Manufaktur- u. Modewaren
Damen- u. Kinderkonfektion
Das Haus der guten Qualitäten
67102

Aug. Kloth, Bürgerweg Nr. 23
Elektrotechnik-Bedarfsartik., Motoren, Glühlampen
67103

Gasthaus zur Krone
Kurt Seidel, Hauptstraße 447
67355

Hotel Kreuzscham / Großer und kleiner
Haussaal, große Vereinsräume sowie Terrasse
empfiehlt Reinh. Zosel, Hauptstraße 135
67540

PAUL SCHNEIDER, Hauptstraße 82
Trödelarten, Strümpfe und Wollwaren
Lebensmittel aller Art
67547

Feinbäckerei und Konditorei
Arthur Möbius, Bahnhofstr. 901
67548

Max Höhler, Hauptstr. 100
Eisen- und Stahlwaren
Haus- und Küchengeräte
67258

Kaffeerösterei u. Kolonialwaren
Georg Nitsche, Reichenstraße 8
67007

Trinkt die erstklassigen Biere
der **Bautzener Brauerei**
und **Mälzerei AG**
67006

• Vogtl. Gardinen
Wäsche, Wachstuch / Billige Preise
Ihr Würker, geb. I. Erler, Amt. Lauenstr. 19
66938

Roß-Fleisch-
u.-Wurstwaren
empfiehlt
Kurt Kaiser, An den Fleischbänken 5
66900

Molkerei Bautzen - Siedau
Filiale, Ziegelstraße 14
66904

Wäsche-Spezial-Geschäft
Karl Mithauer, Schulstraße 7
66948

Rudi. Böhme, Rosenstraße 4
ff. Fleisch- und Wurstwaren
66927

Billigste Bezugsquelle für Damen-, Herren- und Kinderbekleidung
PANKRATZ
Langstr. 43 / Erfreulicher Zahlungsbedingungen
66978

Willy Roschig, Langestraße 35
Brat-, Weiß- und Feinbäckerei
66979

Willy Baum, Spezialgeschäft für Süßfrüchte
Langestraße und Böhmischa Strasse
66980

Gustav Pöde, Knödelstraße 34
Tabak-, Kolonial- und hausschl. Wurstwaren
66981

HERMANN ZIRNSTEIN
Bäckerei und Eisdielen-Geschäft
Hertigswalder Straße 5
66982

Emil Fendler, Böhmischa Strasse 3
Molkereiprodukte, Kolonial- und Grünwaren
66984

ROBERT GLAUSCH, Nr. 354
Fleischerei und Gastwirtschaft
66921

Friseurgeschäft **Güttler**, Nr. 387
Verkauf von Zigaretten, Zigaretten und Tabaken
66922

Gasthaus HANSCH, Nr. 173
mit Fleischerei
66923

Café und Konditorei
FELIX PRESCHER, Nr. 281
66924

Heinrich Schuster, Hauptstraße
Stumpf- und Wollwaren
67240

Schuhhaus Emil Hartmann
Hauptstraße
Maßarbeit • Reparaturen
67261

C. Jul. Röthig, Hauptstraße
Großes Spezialhaus für Damen-, Herren- und
Kinderbekleidung, Stofflager, Anfertigung
nach Maß, allerhöchste Preise
67262

Kurt Usemann
Weststraße 2
Kohlen und Briquettes
67263

Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt
Fritz Lewke, Rosenstraße 7
67264

Reinhold Röthig, Prisau, Carolastr. 48
Zigaretten, Zigaretten
67265

DUTSCHES KAUFHAUS
Hauptstraße
Autobahntelle • Telefon 2394
67266

Hedwig Wendler
Neusalzaer Straße
Schnittwaren
Spezialität: Reale aller Art
67099

Fa. R. Wünsche (Inh. Richard Alber)
Landskron - Bierverlag
Mineralwasserfabrik
König-Albert-Straße 567 Y
67139

Hoffmann, Oberer Stadtteil 156
Lebensmittel
67134

Gärtnerei Albrecht Obst, Neusalzaer Str. 778
Täglich frische Gemüse und Schnittblumen
Krautblüderlei
67119

Eisenwaren

Werkzeuge
Paul Seidel, Auß. Lauenstraße 16
66927

Drogerie / Parfümerie / Photohandlung
Johannes Telch, Reichenstraße 10
66935

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Oskar Voigt Wendischer Graben 22
66934

Tabak- und Schreibwaren
M. u. A. Zocher, Kornmarkt 16
66934

SEBNITZ

Rudi. Böhme, Rosenstraße 4
ff. Fleisch- und Wurstwaren
66927

Billigste Bezugsquelle für Damen-, Herren- und Kinderbekleidung
PANKRATZ
Langstr. 43 / Erfreulicher Zahlungsbedingungen
66978

Willy Roschig, Langestraße 35
Brat-, Weiß- und Feinbäckerei
66979

Willy Baum, Spezialgeschäft für Süßfrüchte
Langestraße und Böhmischa Strasse
66980

Gustav Pöde, Knödelstraße 34
Tabak-, Kolonial- und hausschl. Wurstwaren
66981

HERMANN ZIRNSTEIN
Bäckerei und Eisdielen-Geschäft
Hertigswalder Straße 5
66982

Emil Fendler, Böhmischa Strasse 3
Molkereiprodukte, Kolonial- und Grünwaren
66984

ROBERT GLAUSCH, Nr. 354
Fleischerei und Gastwirtschaft
66921

Friseurgeschäft **Güttler**, Nr. 387
Verkauf von Zigaretten, Zigaretten und Tabaken
66922

Gasthaus HANSCH, Nr. 173
mit Fleischerei
66923

Café und Konditorei
FELIX PRESCHER, Nr. 281
66924

NEUGERSDORF

Hommels Schokoladenhaus

hat den feinsten Kaffee
Ecke Albert- und Rosenstraße
67268

Oskar Winkler, Bismarckstraße 4
Biergroßhandlung und Mineralwasserfabrik
67269

Restaurant Hübner, Martin-Luther-Straße 18
empfiehlt sich der Arbeiterschaft
67270

EMIL GUNNEL
Eisenwaren • Werkzeuge
C. O. Holmannstraße
67282

Optik • Photo
ARTHUR FIRL
Zimmerstraße 5
67274

Gas-, Wasser-, Heizungsanlagen
Richard Kolher
Georgswalder Straße
67100

EBERSBACH

Reinhold Schäfer, Hauptstr. 527
Kolonialwaren • Delikatessen
67293

Albert May, Oberer Stadtteil — Hauptstraße
Schuhwaren • Maßarbeit und Reparaturen
67293

Johannes-Apotheke
Hauptstraße
67293

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Oswald Oelsner
Hauptstraße
67293

Walter Dießner
Hauptstraße 32
Sport — Maßarbeit
Reparaturen
67293

Walter Tech
Papier- und Schreibwaren
67293

BAUTZEN

RICH. FRENZEL, Gerberstraße 2
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
66957

Markthalle Curt Becker
Gerberstraße 4
66935

Damen- und Herrenfriseur
Erica Lehmann, Neuvalser Str. 24
66935

Drogerie und Photo-Handlung
Gebr. Miersch Nachf.
Inhaber: Erich Winter / Kornmarkt 30
66945

Walter Hofmann, Löbauer Straße 37
Geschwisterstr. 31 / Fahrstühle und Motorräder
66936

Pleische- und Wurstwaren
Paul Smarsig, Gerberstraße 15
66936

J. Hampel, Kesselstr. 11
Stahlwaren / Schleiferlei
66935

Otto Hoyer
Rosenstraße 2
Dampfbäckerei und Kaffeeschank
66940

OSTRITZ

Conrad Sprenger, Markt 26
Delikatessen • Süßigkeiten
66745

Haus- und Kochengeschäfte
Oswald Muschter, Fabrikstr. 201
66747

Arno Schulze, Markt 9
Uhren-, Gold- und Silberwaren
Sprechapparate • Schallplatten
66887

MARKT-DROGERIE • **ADOLF ZICK**
Photograph / Feminieren / Farbenhandlung
Santaischau
66888

Friedrich Schade & Sohn
Am Markt
Eisenwaren, Werkzeuge, Haushaltsgeräte
66889

G. Pschichholz, Markt
Hölzer, Metzten, Herrenartikel
66890

Herbert Siegmund, Hertigswalder Str. 13
Feine Fleisch- und Wurstwaren
66893

Konditorei • **Arnold**
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Kreuzschmar-Str. 250
66754

NIEDERODERWITZ

Kretscham
Niederoderwitz
die bekannte
Gaststätte
66827

Alfred Goldberg
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Abteilung 31-37
66828

Martin Pollnik, Molkenprodukte
Martin-Luther-Straße 31
67271

Friedrich Saatz & Co.
Löbauer Straße
Baumaterialien und Kohlen
67272

Richard Haase, Schleiferl u. Schmiedeplatz
Zittauer Straße 7, Spezialgeschäft für Nöllinger
Stahlwaren und Regenschirme / Spülsteinbrücke
67273

+ Kreuz-Apotheke +
Neugersdorf, Hauptstraße
67258

Salon-Gesellschaftswagen Nest
für kleinere und größere Gesellschaften für
In- und Ausland
67259

Sollmann, Philippstorf
Telefon 2363, Amt Neugersdorf
67259

Hirsch-Lichtspiele
Seiteneckendorf
Neugersdorfer Lichtspiele
Inhaber: Waldemar Gräfe, Hauptstraße 28
67257

GUSTAV HILLE, Schulstraße 17
Kolonialwaren • Schuhwaren
67449

Restaurant „Schweizerhaus“
empfiehlt seine Gaststätte mit Vereinszimmer
67550

Kolonialwaren / Spezialität: Klemm-Kelle
Arthur Wagner, Georgswalder Straße 7841
67548

Alwin Hempel, Marktplatz
Karlsruhe, Obst und Gemüse
67244

Gasthof Weintraube
neu renoviert
Paul Seidel, Ebersbach - Speedorf
67250

Hermann Tietz, Mittelstraße 835, Rut 5296
Holzhandwerkstätten
Möbel aller Art zu billigen Preisen
67258

Emil Ebermann, Mittelstraße
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
67256

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Max Scholze, Hauptstraße 29
67257

Kleidersiöffe und Konfektion
Paul Otte